

# Demokratie



trifft

# Klimaschutz

Warum wir beides  
zusammendenken müssen und  
was das praktisch bedeutet

Ein Projekt vom

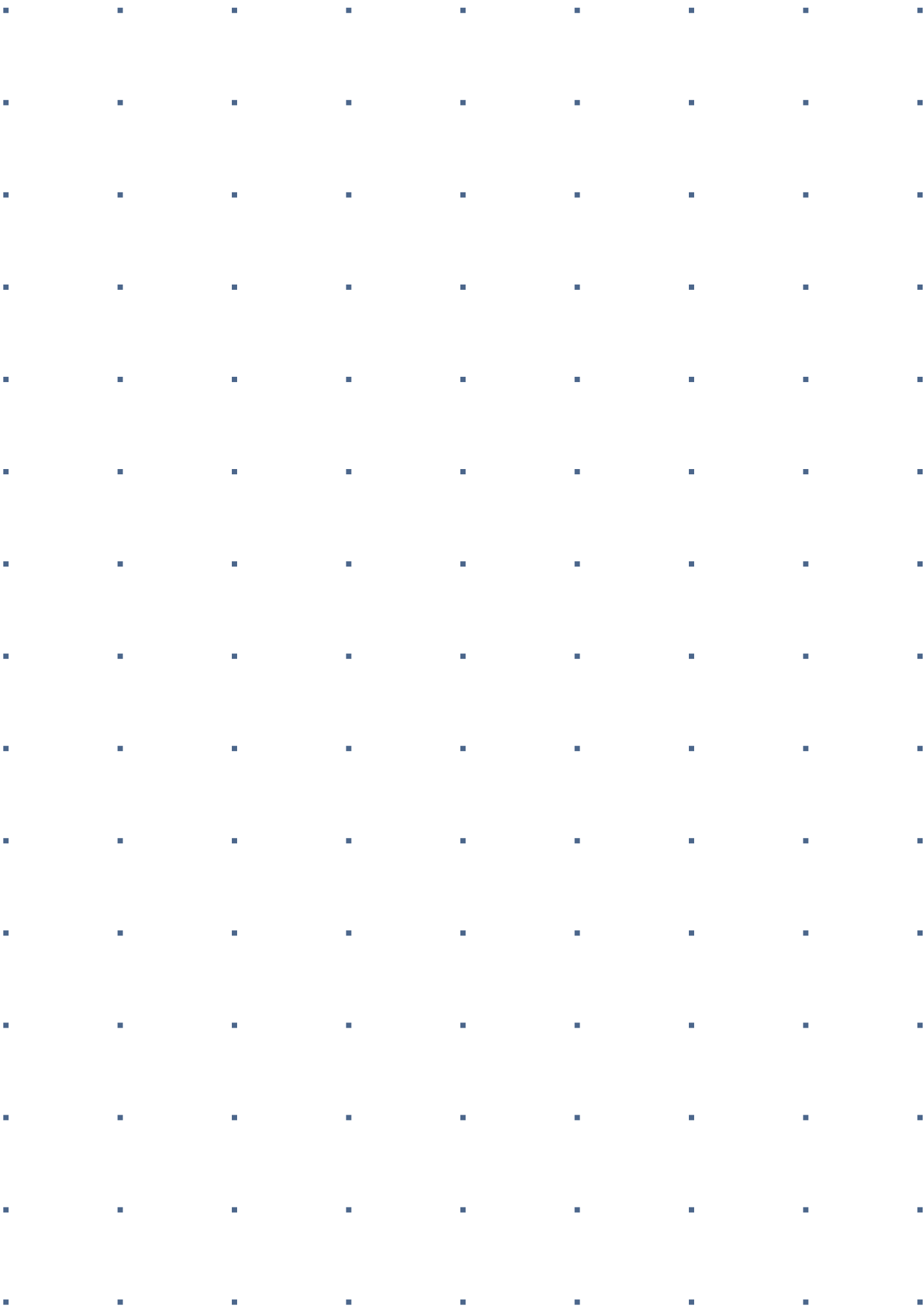
 **KULTURBÜRO**  
SACHSEN E.V.

gefördert von

**STIFTUNG**  
**MERCATOR**

Inhaltsverzeichnis	01
Einleitung	03
Themenbereiche	
<b>1. Demokratie, Nachbarschaft &amp; Klimakrise</b>	<b>06</b>
Einführung	07
Beitrag Steffen Krenzer: »Klima und Demokratie – Im Spannungsfeld zwischen Ohnmacht und Handlungsfähigkeit«	08
Beitrag Nina Eschke: »Klimaschutz ist Menschenrechtsschutz«	12
Was tun? Beispiele aus der Praxis	16
Mehr Demokratie e.V.	16
Bürgerbus – Gemeinde Grambow	18
Zukunft schmackhaft machen – Utopien für eine inklusive	
Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie im Reallabor Tecklenburg	20
Reparaturcafe Kleinzschachwitz	22
<b>2. Gerechtigkeit &amp; Inklusion in der Klimakrise</b>	<b>24</b>
Einführung	25
Beitrag Imeh Ituen: »Strukturelle Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeit«	26
Beitrag Andrea Schöne: »Unsichtbare Perspektiven –	
Warum die Klimakrise ableistisch ist«	30
Was tun? Beispiele aus der Praxis	34
Projekt Selbst-bestimmt für Vielfalt und Inklusion/Berliner	
Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e. V.	34
Podcast »Überall Klima, nirgendwo Gerechtigkeit«	36
Konzeptwerk Neue Ökonomie	38
InnovationsCommunity Urban Health	40

<b>3. Klimakrise &amp; die extreme Rechte</b>	<b>42</b>
Einführung	43
Beitrag Matthias Quent: »Reaktionen der äußersten Rechten auf die Klimakrise«	44
Beitrag Florian Teller: »Grüne Braune«	46
Was tun? Beispiele aus der Praxis	48
Gruppe beherzt – für Demokratie und Vielfalt e. V.	48
Projekt »Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich« / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) & Erich-Zeigner-Haus e.V.	50
Projekt Echo! Klima im demokratischen Raum / Kulturbüro Sachsen e.V.	52
FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz	54
<b>4. Transformation gemeinsam gestalten</b>	<b>56</b>
Rahmentext	57
Was tun? Beispiele aus der Praxis	58
Programm »Engagiert für Klimaschutz« / Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement	58
Bündnis StrukturWandeln	60
Soziale Wärmewende	62
Revierwende	64
<b>5. Für informierte Debatten</b>	<b>67</b>
Klimafakten	68
More in Common	70
Impressum	72



---

# Warum dieses Handbuch?

Die Klimakrise ist längst kein fernes Zukunftsszenario mehr. Sie ist im Alltag angekommen: mit viel zu heißen Sommern, Flutkatastrophen, anderen Extremwetterereignissen und deren Folgen wie Ernteausfällen oder massiven Waldbränden. Dies wirft ganz konkrete Fragen danach auf, wie wir heizen, uns fortbewegen oder unsere Städte und Dörfer gestalten. Immer deutlicher wird, dass diese Veränderungen nicht alle Menschen gleichermaßen betreffen. Ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit wenig Einkommen oder mit Diskriminierungserfahrungen spüren die Folgen oft früher und härter. Klimaschutz ist deshalb nie nur eine technische oder ökologische Frage. Klimaschutz ist, sowohl lokal als auch global, immer eine soziale, politische und demokratische Herausforderung.

Internationale Forschung unterstreicht diese Entwicklung. Der Weltklimarat (IPCC) macht in seinen Berichten deutlich, dass wirksamer Klimaschutz ohne gesellschaftliche Beteiligung schwer umzusetzen ist. Nachhaltige Transformation gelingt nur dann, wenn Menschen mitgenommen werden, wenn sie sich beteiligen können, wenn ihre Perspektiven ernst genommen werden und sie Vertrauen in demokratische Prozesse haben. Der IPCC warnt zugleich, dass fehlende Teilhabe, soziale Ungleichheit und mangelnde Gerechtigkeit Klimaschutzmaßnahmen ausbremsen und Konflikte verschärfen.

Genau diese Dynamiken erleben wir aktuell sehr deutlich. Klimaschutz erfährt zunehmend Gegenwind. Maßnahmen werden als Bevormundung empfunden, Debatten verhärten sich, Proteste eskalieren, und die Bereitschaft, Veränderungen gemeinsam zu tragen, nimmt ab. Studien von More in Common zeigen: Viele Menschen fühlen sich angesichts der Vielzahl an Krisen erschöpft, überfordert und politisch nicht gehört. Die Mehrheit wünscht sich eine lebenswerte Zukunft und funktionierenden Klimaschutz. Zugleich besteht aber die Angst, dass die Lasten ungerecht verteilt werden oder Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden. Wo Zugehörigkeit, Anerkennung und soziale Sicherheit fehlen, wächst Misstrauen.

Diese Verunsicherung bleibt nicht ohne politische Folgen. Extreme Rechte nutzen sie gezielt. Sie leugnen den Klimawandel, relativieren seine Folgen oder stellen Klimaschutz als »Elitenprojekt« dar. Desinformationen werden verbreitet, Ängste geschürt und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt. Klimapolitik wird so instrumentalisiert, um demokratische Verfahren infrage zu stellen, Ausgrenzung zu legitimieren und autoritäre Lösungen attraktiv erscheinen zu lassen. Die Klimakrise wird zum Katalysator für antidemokratische Erzählungen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Wer Demokratie stärken, Menschenrechte schützen und Rechtsextremismus entgegenzutreten will, kommt am Thema Klimaschutz nicht vorbei. Wirksamer Klimaschutz gelingt vor allem dann, wenn er demokratisch, inklusiv und gerecht gestaltet wird.

# Worum geht es in diesem Handbuch?



1.



2.



3.



4.

Mit dem Projekt »Echo! Klima im demokratischen Raum«, welches wir dank der Förderung durch die Stiftung Mercator umsetzen können, und anderen Aktivitäten bearbeiten wir die beschriebenen Herausforderungen. Dieses Handbuch bündelt Wissen und Erfahrungen aus Fachtagen, Vernetzungsrunden, aus Bildungsveranstaltungen und aus der Praxis. Ziel ist es, Lesenden Orientierung zu geben in einer Zeit, in der Klimaschutz zugleich dringlicher und umkämpfter wird.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Demokratie und Klimaschutz zusammen gedacht und gemeinsam praktisch umgesetzt werden können. Das Handbuch beleuchtet unter anderem:

## **1. Demokratie, Nachbarschaft & Klimakrise:**

Wie kann lokaler wirksamer Klimaschutz aussehen? Welche Rolle spielen Beteiligung, Dialog und lokale Aushandlungsprozesse?

## **2. Gerechtigkeit & Inklusion in der Klimakrise:**

Wie kann Klimaschutz so gestaltet werden, dass unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt und Ausschlüsse vermieden werden?

## **3. Klimakrise & die extreme Rechte:**

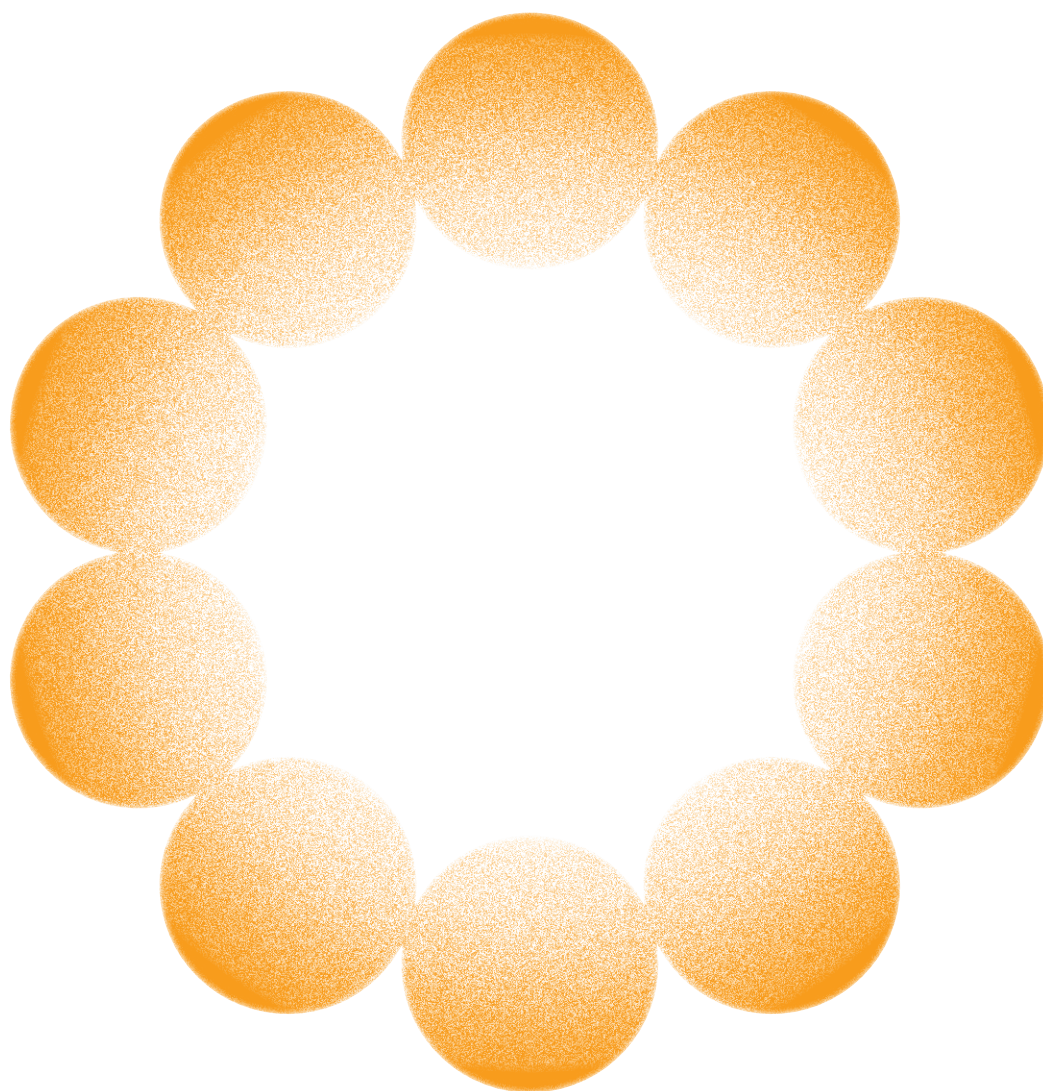
Wie instrumentalisieren extrem rechte Akteur\*innen Klimadebatten? Was hat die extreme Rechte mit Umweltschutz zu tun? Wie können demokratische Akteur\*innen darauf reagieren?

## **4. Transformation gemeinsam gestalten:**

Wie können tiefgreifende Veränderungen als gemeinschaftliche Aufgabe vermittelt werden, die gestaltbar ist und Perspektiven eröffnet?

---

# Für informierte Debatten und für mutiges Handeln



Mit dieser Veröffentlichung richten wir uns an Engagierte der demokratischen Zivilgesellschaft, an Bildungsarbeitende, Initiativen, Vereine und Aktive, die Diskussionen moderieren, Prozesse begleiten und vor Ort Verantwortung übernehmen. Wir wollen informierte Debatten ermöglichen, Unsicherheiten einordnen und Handlungsspielräume aufzeigen.

Diese Veröffentlichung soll jene unterstützen, die Klimaschutz und Demokratie unter schwierigen Bedingungen vor Ort zusammenbringen müssen.

Neben **Texten von Expert\*innen** haben wir einige **Best-Practice-Beispiele**, erprobte **Bildungsmethoden**, **Argumentationslinien aus der Klimakommunikation**, **Forschungserkenntnisse** dokumentiert. Und wir stellen Ansprechpartner\*innen vor, die in ganz unterschiedlichen Feldern aktiv sind, all dies ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr wollen wir damit Impulse geben für mögliche neue Aktivitäten, Vernetzungen und konkrete Kooperationen.

Denn um die Zukunft aktiv zu gestalten, braucht es noch mehr Wissen und Austausch, aber auch Ermutigung. Wir laden alle ein, Klimaschutz als demokratische Aufgabe sowie als Chance zu begreifen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, statt ihn zu verlieren.

1.



# Demokratie, Nachbarschaft und Klimakrise

# Einführung

---

Globale und nationale Vorhaben für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit entfalten ihre Wirkung erst durch die konkrete Umsetzung vor Ort. Sie sind unmittelbar mit lokalen Prozessen, Aushandlungen und Konflikten verbunden. Genau hier wird Beteiligung entscheidend: Klimaschutz kann dort gut nachhaltig umgesetzt werden, wo Menschen sich einbringen können und wollen.

Nachbarschaftliches Engagement, lokale Initiativen und Vermittlungsarbeit leisten einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Sie schaffen Räume, in denen Menschen sich informieren, austauschen, gegenseitig unterstützen und gemeinsam handeln können. Im eigenen Dorf oder Stadtviertel, im Gespräch mit Nachbar\*innen oder Vereinsmitgliedern können Menschen einander helfen, aber auch überzeugen, motivieren und inspirieren. Klimaschutz ist dabei keineswegs Aufgabe für Einzelne, sondern erfordert gemeinsames Wirken von Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Wo eine starke, engagierte und zugleich kritische demokratische Zivilgesellschaft aktiv ist, fällt es extrem rechten Akteur\*innen schwerer, die Klimakrise und die damit verbundenen Unsicherheiten zu instrumentalisieren. Desinformation und Verschwörungserzählungen finden dort weniger Resonanz, wo Menschen miteinander im Gespräch sind, sich kennen und sich gegenseitig ernst nehmen.

Ein konfliktfreier Raum ist lokal gelebte Demokratie aber nie. Unterschiedliche Interessen, Meinungen und Lebensrealitäten treffen aufeinander. Kompromisse müssen ausgehandelt und andere Perspektiven ausgehalten werden. Das kann herausfordernd sein, wenn man weiterhin Tür an Tür lebt. In lokalen Auseinandersetzungen, z.B. beim Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen oder um Umwelt- und Naturschutz, steckt aber großes demokratisches Potenzial. Wo Kompromisse gefunden und ausgehalten werden, finden Gespräch und Aushandlung auf Augenhöhe statt. Dort lebt Demokratie.

Unser demokratisches System bietet vielfältige Möglichkeiten, auf die Herausforderungen der Klimakrise zu reagieren. Es gehört zur gelebten Demokratie im Sinne des Grundgesetzes, über den Umgang mit Veränderungen und Bedrohungen zu verhandeln, die uns alle betreffen. Dabei darf das Ziel einer gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe nicht aus dem Blick geraten. Hier liegt ein zentrales demokratisches Lernfeld: gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam auszuhandeln, ohne die Fragen von Gerechtigkeit aus dem Blick zu verlieren.

Dieses Kapitel beleuchtet den Zusammenhang von demokratischem Miteinander, Klimakrise und direktem Zusammenleben aus unterschiedlichen Perspektiven. Zwei Beiträge ordnen das Thema inhaltlich ein: Steffen Krenzer beleuchtet in seinem Beitrag »**Klima und Demokratie – im Spannungsfeld zwischen Ohnmacht und Handlungsfähigkeit**«, wie demokratische Prozesse zwischen Handlungsdruck, gesellschaftlichen Konflikten und dem Gefühl politischer Ohnmacht gestaltet werden können. Nina Eschke argumentiert in ihrem Beitrag »**Klimaschutz ist Menschenrechtsschutz**«, dass die Bewältigung der Klimakrise untrennbar mit dem Schutz grundlegender Menschenrechte verbunden ist und welche Konsequenzen sich daraus für politisches und gesellschaftliches Handeln ergeben. Anschließend stellen Initiativen ihre Arbeit vor. Sie zeigen, wie Klimaschutz demokratisch konkret angegangen werden kann.

# Klima und Demokratie — im Spannungsfeld zwischen Ohnmacht und Handlungsfähigkeit

**Steffen  
Krenzer**

Als Psychologe blicke ich oft anders auf die Demokratie als meine Kolleg\*innen aus der Politikwissenschaft. An der Frage »Was ist Demokratie?« interessiert mich am meisten, was diese im Erleben der einzelnen Menschen ausmacht. Wie fühlt sie sich an? Was macht sie attraktiv? Aus meiner Sicht ist das zentrale Versprechen der Demokratie, dass Menschen über die (gesellschaftlichen) Umstände ihres Lebens mitbestimmen können. Regierungen wählen zu können, erfüllt für alle Wahlberechtigten formal gesehen diesen Anspruch. Es ist auch immerhin besser als nicht wählen zu können. Aber reicht das?

## **Ohnmacht ist das politische Gefühl unserer Zeit**

Alle paar Jahre ein Kreuz machen zu dürfen, führt bei vielen Menschen nicht zum Gefühl Politik gestalten zu können. »Die da oben machen sowieso, was sie wollen.« Aussagen, wie diese sind Ausdruck einer Ernüchterung und zu oft erlebter Frustration.

Aber was ist eigentlich mit »denen da oben«? Auch sie sind oft ohnmächtig. Teils ist das Strategie oder Ausrede. Oft genug ist es aber ehrliches Erleben. Vor kurzem beklagte eine Stadträtin sich mir gegenüber, dass die Empfehlungen von Bürgerbeteiligung oft nicht umgesetzt würden. »Sie sitzen ja im Stadtrat und können das ändern.«, gab ich zu bedenken. Daraufhin sie: »Das fühlt sich aber nicht so an. Man ist ja immer in der Minderheit.« Nun war das »nur« eine ehrenamtliche Stadträtin einer Kleinstadt, ich habe ähnliche Aussagen aber auch schon von Landes- oder Bundestagsabgeordneten gehört.

## **»Der Souverän« fühlt sich nicht souverän**

Zahlreiche Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte tragen zu dem Gefühl von Überforderung bei. Bürokratie und Regulierungen machen vieles aufwändig und kompliziert; der Föderalismus sorgt dafür, dass immer »anderswo entschieden wird«; Globalisierung und Digitalisierung führen zu komplexen und unzugänglichen Prozessen und Abläufen, die Einzelne kaum überblicken oder beeinflussen können; das greifbare Gegenüber ist FAQs und Servicehotlines mit Dauerwarteschleife gewichen; finanzielle Spielräume werden an vielen Stellen enger und hitzige Debatten um Cancel Culture, Shitstorms oder das Gendern, verweisen darauf, dass sogar beim Sprechen (zu Recht oder zu Unrecht) Hürden und Grenzen existieren.

Die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in Deutschland (Freie Wahlen, Gewaltenteilung usw.) sind seit Jahrzehnten stabil und funktionieren einigermaßen. Angesichts oben genannter Faktoren und den drei verstärkenden Ereignissen - Wiedervereinigung, Finanzkrise und Corona-Pandemie - dürften sich aktuell aber die wenigsten Bürger\*innen als »der Souverän«, die herrschende Kraft im Land, erleben.

## **Die Klimakrise ist eine besondere Ohnmachtserfahrung**

Je weiter die Klimakrise eskaliert, desto kleiner werden die Gestaltungsspielräume, denn wie ein Sprichwort sagt: »Krisenzeiten sind Regierungszeiten.« Wenn Ressourcen knapp werden, immer häufiger Naturkatastrophen auftreten und Schäden beseitigt werden müssen, bleibt keine Zeit zum Gestalten oder demokratischen Aushandeln. Die Politik muss dann reagieren und »rennt immer hinterher«.

**»Um die Demokratie zu stärken braucht es progressive Gegenangebote, die die Ohnmacht adressieren. Menschen müssen sich politisch einbringen können und dabei erleben, dass ihre Perspektive und ihr Engagement tatsächlich einen Einfluss auf Entscheidungen und die Entwicklung der Gesellschaft haben.«**



Klimaschutz ist also dringend geboten. Leider verbergen sich aber auch hier mögliche Ohnmachtserfahrungen. Wer einmal gründlich durchdenkt, was notwendig wäre, um die Erderwärmung auf 1,75 oder 2 Grad zu begrenzen (das 1,5-Grad-Ziel ist quasi unerreichbar geworden), kommt zu dem Schluss: Es muss sich alles verändern und zwar sehr schnell. Viele haben heute große Sorgen vor der Zukunft, wissen aber nicht, was sie tun können oder wie sie alles schaffen sollen.

### **Macht und Verantwortung gehören zusammen**

Die Verantwortung für die Lösung der Klimakrise wurde in der Vergangenheit zu oft auf Individuen abgeschoben. Das führt zu Widerständen und Wut, denn es wird als unmöglich und ungerecht erlebt. Verantwortlich kann nur sein, wer handlungsfähig und in diesem Sinne »mächtig« ist. An manchen Stellen kann man sich einschränken (und sollte das meiner Meinung nach auch tun). Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist es Einzelnen aber sehr schwer möglich nachhaltig zu leben. Der Anstrengung gegenüber steht nicht nur der verschwindend kleine Einfluss, den man selbst auf das Weltklima hat, sondern auch die Erfahrung, dass andere, vor allem Mächtige sich aus der Verantwortung ziehen: »Wieso soll ich mich einschränken, wenn andere das nicht machen?« Der erlebte Druck, neben allem, was man sonst im Alltag so leisten muss, auch noch das Klima retten zu müssen, führt bei vielen Menschen zu Überforderung, Rückzug und Gleichgültigkeit und bei einigen zu dem starken Impuls: »Jetzt reicht's!«

### **Der starke Mann greift durch**

Das Versprechen der Demokratie ist die Mitbestimmung. Die Erzählung der Rechtsradikalen und Autokraten ist: »Die (liberale) Demokratie ist einerseits schwach und andererseits eine Zumutung. Wir aber handeln und entlasten euch von Druck [z. B. dem Druck den Klimawandel bekämpfen zu müssen, denn der ist ja gar nicht menschengemacht].« Der erste AfD-Landrat warb mit dem Slogan »Gestalten statt verwalten.« Trump verkörpert wie kein Zweiter diese Geschichte. Unbeirrt von Gesetzen oder Konventionen macht er, was er will. Das sehen Kritiker\*innen als Egomane, Anhänger\*innen aber als Beweis von Stärke und davon, dass Änderung möglich ist. Das verfängt aus meiner Sicht deshalb, weil es die Sehnsucht vieler Menschen anspricht, (als Teil des Trump-Stamms) nicht mehr ohnmächtig, zu sein.

### **Demokratie stärken: Wirksamkeitserfahrungen ermöglichen**

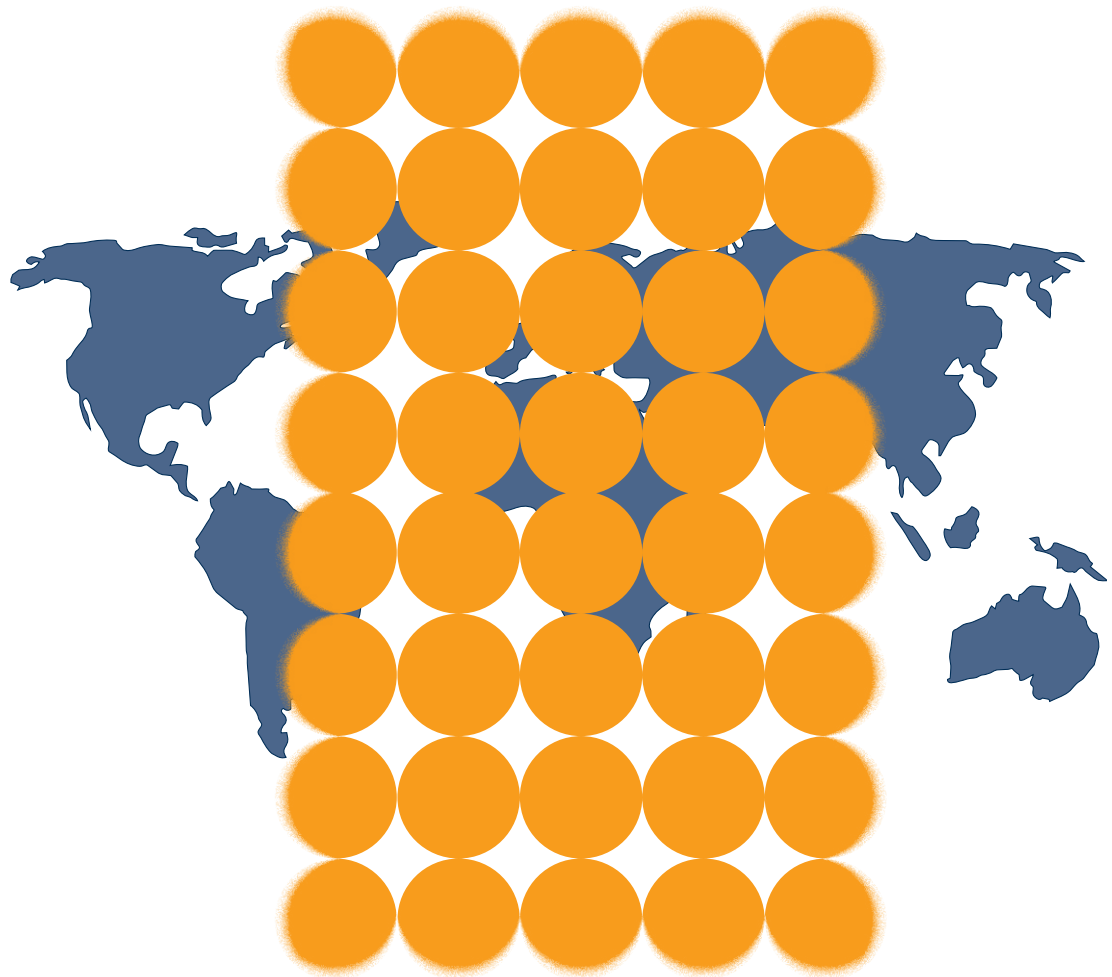
Um die Demokratie zu stärken braucht es progressive Gegenangebote, die die Ohnmacht adressieren. Menschen müssen sich politisch einbringen können und dabei erleben, dass ihre Perspektive und ihr Engagement tatsächlich einen Einfluss auf Entscheidungen und die Entwicklung der Gesellschaft haben. Noch immer wird Bürgerbeteiligung missverstanden als Schönwetterbeschäftigung oder Akzeptanzbeschaffungsmaßnahme. Das verkennt, dass der zentrale Reiz der Demokratie für die Menschen darin besteht, dass sie gestalten können. Ist ihnen das verwehrt, wenden sie sich ab. Es gibt viele mutmachende Ansätze und Formate, um Beteiligung umzusetzen. Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure sollten diese nun aber auch verstärkt nutzen.



## Fazit

Die Klimakrise verändert unsere Welt radikal. Die Transformation zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ist eine riesige Aufgabe, die bei vielen Menschen das ohnehin bestehende Ohnmachtserleben vergrößern kann. Es kommt dann zu Widerständen, die es sehr schwer machen, Klimaschutz in der Breite umzusetzen.

Wenn wir die Demokratie stärken und Klimaschutz umsetzbar machen wollen, müssen wir es daher schaffen, das Bedürfnis der Menschen nach Handlungsfähigkeit anzusprechen, echte Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten und Selbstwirksamkeit zu fördern. Transformation kann nicht verordnet, sondern muss von motivierten Menschen gelebt werden.



---

**Steffen Krenzer** arbeitet beim Verein »Mehr Demokratie« und gestaltet Bürgerbeteiligungsverfahren zu Klimaschutzthemen.



# Klimaschutz ist Menschenrechtsschutz

**Nina Eschke**

Hitze, Hochwasser, Stürme und Waldbrände: Auch in Deutschland hat der Klimawandel für das Leben vieler Menschen Folgen. Die zunehmenden extremen Wetterverhältnisse betreffen direkt unsere Menschenrechte, darunter die Rechte auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser, Wohnen, Bildung und Arbeit (siehe Abbildung 1).<sup>1</sup>

Wie stark die Menschen und ihre Rechte vom Klimawandel betroffen sind, hängt von unterschiedlichen Faktoren (und einer Kombination dieser) ab, z.B. Wohnort und Wohnsituation, Einkommen, Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und Behinderung. Bereits sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind besonders durch die Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise Hitze, gefährdet: Denn sie haben geringe finanzielle Ressourcen, leben oft in unzureichend isolierten Wohnungen in dicht bebauten, häufig unbegrünten Stadtteilen und sie sind weniger gesund.<sup>2</sup>



Abbildung 1: Auf diese Menschenrechte wirkt sich der Klimawandel besonders aus (© Deutsches Institut für Menschenrechte)

<sup>1</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte. Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2021 – Juni 2022. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 2023. S. 61. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2021-juni-2022> <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2021-juni-2022> (letzter Zugriff 07.01.2026).

<sup>2</sup> Vgl. Hertig, Elke; Hunger, Iris; Kaspar, Irena et. al.. Klimawandel und Public Health in Deutschland – Eine Einführung in den Sachstandsbericht 2023. Journal of Health Monitoring 2023 8 (S3). Berlin: Robert Koch Institut. [https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/11074/JHealthMonit\\_2023\\_S3\\_Einfuehrung\\_Sachstandsbericht\\_Klimawandel\\_Gesundheit.pdf](https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/11074/JHealthMonit_2023_S3_Einfuehrung_Sachstandsbericht_Klimawandel_Gesundheit.pdf) (Zugriff: 08.01.2026). Vgl. Matzarakis, Andreas; Muthers, Stefan; Graw, Kathrin. Thermische Belastung von Bewohnern in Städten bei Hitzewellen am Beispiel von Freiburg (Breisgau). Bundesgesundheitsblatt 63, 1004–1012, 2020. <https://doi.org/10.1007/s00103-020-03181-0> (Zugriff: 08.01.2026)

## »Bereits sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind besonders durch die Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise Hitze, gefährdet«



### Wozu Deutschland verpflichtet ist

Deutschland ist menschenrechtlich verpflichtet, seine Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Es muss seinen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens leisten, indem es den Ausstoß von Treibhausgasen ambitioniert senkt<sup>3</sup> und so die negativen Auswirkungen des Klimawandels begrenzt.<sup>4</sup> Die zuständigen Behörden bei den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene sollten systematisch erheben, welche Folgen der Klimawandel für bestimmte Bevölkerungsgruppen bereits hat oder zukünftig haben wird. Ältere Menschen, Kinder und Jugendliche, wohnungslose Menschen oder Menschen mit Behinderungen sind ganz unterschiedlich betroffen. Auch die Frage des Wohnorts (Region, Stadt oder Land) spielt eine Rolle.<sup>5</sup> Bisher werden in Deutschland vor allem Daten zu den Klimafolgen in verschiedenen Sektoren, wie zum Beispiel Wasser, Gesundheit, Bevölkerungsschutz und Landwirtschaft auf Bundes- und regionaler Ebene erhoben.<sup>6</sup>

Deutschland muss auch die Menschenrechte besonders betroffener Bevölkerungsgruppen schützen, zum Beispiel durch Klimaanpassung. Bund, Länder und Kommunen sollten die Anpassungsbedarfe dieser Gruppen ermitteln und entsprechende Maßnahmen entwickeln. Dazu kann gehören, den Umgang mit knappen Wasserressourcen zu planen oder sichere und klimaangepasste Gebäudeinfrastruktur im Wohn- Bildungs- und Gesundheitsbereich zu schaffen.<sup>7</sup>

### Schutzmaßnahmen an den Menschenrechten ausrichten

Die erforderlichen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen dürfen selbst keine negativen Folgen für die Menschen und ihre Rechte haben. Vor allem Menschen mit geringerem Einkommen sind anfälliger für negative Auswirkungen von Klimamaßnahmen. Ihnen fehlen die Mittel, um sich an soziale und wirtschaftliche Veränderungen anzupassen, und oft werden sie nicht konsultiert und in Entscheidungen nicht einbezogen.<sup>8</sup> Daher ist es wichtig:

- menschenrechtliche Risiken von Maßnahmen abzuschätzen, um mögliche soziale Folgen für bestimmte Bevölkerungsgruppen frühzeitig zu identifizieren und erforderliche Gegen- beziehungsweise Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln;

3 Das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) schreibt die deutschen Klimaziele fest. <https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/KSG.pdf> (letzter Zugriff 07.01.2026)

4 Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte. Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2021 – Juni 2022. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 2023. S. 59-73. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2021-juni-2022> (letzter Zugriff 07.01.2026)

5 Ibid.

6 Vgl. Umweltbundesamt. Klimafolgen in Deutschland. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/folgen-des-klimawandels/klimafolgen-deutschland> (Zugriff: 11.01.2026)

7 Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte. Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2021 – Juni 2022. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 2023. S. 59-73. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2021-juni-2022> (letzter Zugriff 07.01.2026)

8 Eisen, Nathaniel; Eschke, Nina. Climate Change and Human Rights. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2020, S. 16. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/climate-change-and-human-rights> (Zugriff: 11.01.2026). Donald, Megan. The Human Rights Impacts of Climate Change Mitigation and Adaptation Measures. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 2022. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/the-human-rights-impacts-of-climate-change-mitigation-and-adaptation-measures> (Zugriff: 11.01.2026).



- Maßnahmen möglichst auf lokaler Ebene zu diskutieren; die Menschen vor Ort ausreichend zu informieren und sie bei der Ausgestaltung und der Umsetzung von Maßnahmen zu beteiligen;
- sicherzustellen, dass Menschen einen niedrighschwelligen Zugang zu Abhilfe und wirksamen Rechtsbehelfen haben, wenn Maßnahmen ihre Menschenrechte beeinträchtigen oder verletzen.<sup>9</sup>

Dass soziale und menschenrechtliche Aspekte in der Klimapolitik und bei Klimamaßnahmen berücksichtigt werden müssen, rückt bei politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zunehmend in den Fokus.<sup>10</sup> Das Bundes-Klimaanpassungsgesetz von 2023<sup>11</sup> setzt den Rahmen für Klimaanpassung in Deutschland. Es hat zum Ziel, durch Klimaanpassung auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene gleichwertige Lebensverhältnisse zu bewahren und zunehmende soziale Ungleichheiten durch die Folgen des Klimawandels zu verhindern. Das Gesetz erwähnt zwar die Menschenrechte nicht direkt, nennt aber Handlungsfelder wie »menschliche Gesundheit«, »Bevölkerungs- und Katastrophenschutz« und »vulnerable Gruppen«. Es sieht auch vor, die Öffentlichkeit an der Auswahl von Maßnahmen zu beteiligen.

**»Deutschland muss auch die Menschenrechte besonders betroffener Bevölkerungsgruppen schützen, zum Beispiel durch Klimaanpassung.«**



---

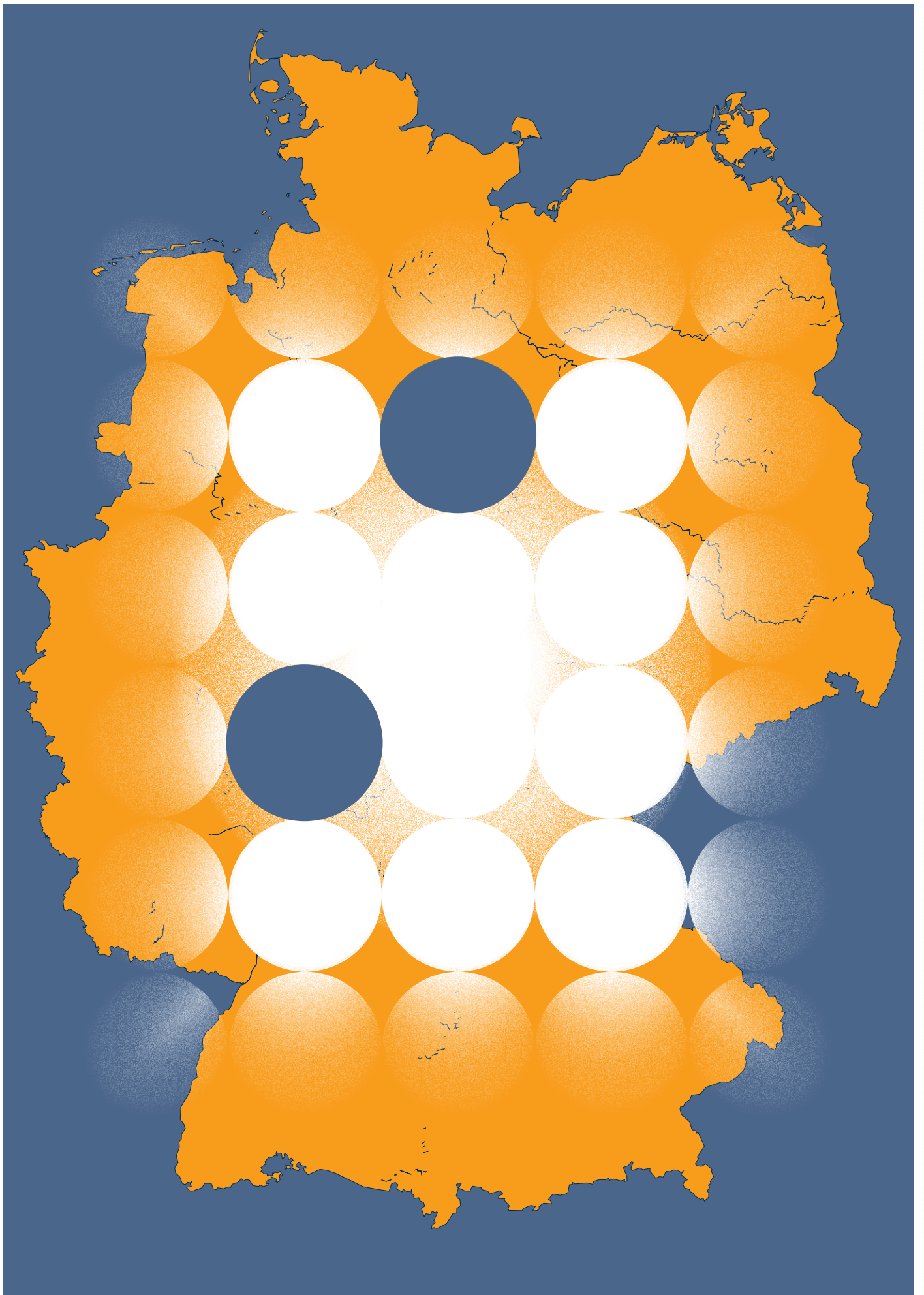
**Nina Eschke** arbeitet am Deutschen Institut für Menschenrechte und beschäftigt sich dort mit menschenrechtlichen Perspektiven auf gesellschaftliche Transformationsprozesse, insbesondere an der Schnittstelle von Klimaschutz, Klimaanpassung und staatlicher Verantwortung.

---

<sup>9</sup> Vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte. Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2021 – Juni 2022. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. 2023. S. 59-73. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2021-juni-2022> (letzter Zugriff 07.01.2026)

<sup>10</sup> Siehe beispielsweise Heyen, Dirk-Arne; Cludius, Johanna; Fischer, Corinna et.al. Eckpunkte einer sozialen Umwelt- und Klimapolitik. Umweltbundesamt. Juni 2026. Texte | 60/2025. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/eckpunkte-einer-sozialen-umwelt-klimapolitik> (Zugriff: 10.01.2026). Zukunft KlimaSozial – Institut für Klimasozialpolitik. Lösungen für eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft. <https://zukunft-klimasozial.de/> (Zugriff: 10.01.2026).

<sup>11</sup> Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG). <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2023/393/VO> (Zugriff: 10.01.2026).





Bildrechte: Robert Boden

### **KS** Wie heißt ihr?



Mehr Demokratie e. V.

### **KS** Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Wir engagieren uns als gemeinnütziger Verein seit über 35 Jahren zu Themen wie direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und faires Wahlrecht. Wir haben ca. 11.000 Mitglieder und arbeiten mit ca. 50 Hauptamtlichen auf Bundesebene und in Landesverbänden.

Unsere Arbeit konkret:

- Wir beraten Kommunen, Initiativen und andere Akteure zur Durchführung losbasierter Beteiligung und direktdemokratischer Verfahren.
- Wir führen selbst Modellprojekte durch. Aktuell zum Beispiel »Klima trifft Kommune«, das erstmals in Deutschland Bürgerräte und Bürgerentscheide zu Klimathemen kombiniert.

### **KS** Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Wir sind grundsätzlich überparteilich und inhaltlich neutral. Uns ist wichtig, dass das demokratische Verfahren sauber verläuft und haben Vertrauen, dass wenn dies gewährleistet ist, die Menschen gute Entscheidungen treffen.

Das Thema Klimaschutz ist aus unserer Sicht ein besonderer Fall. Wenn die Klimakrise eskaliert, führt das absehbar zu Chaos und Zerstörung. Die Möglichkeiten demokratischer Aushandlung gehen dadurch verloren. Deshalb ist für uns das Ziel des Klimaschutzes an sich nicht verhandelbar.

Spielräume gibt es aber bei der Frage, wie wir den Klimaschutz gestalten. Wir wollen darauf hinwirken, dass die wichtigen Entscheidungen im Klimaschutz von möglichst vielen Menschen diskutiert und mitentschieden werden können. Die Überzeugung dahinter: Klimaschutz lässt sich nicht verordnen, er muss von einer breiten Mehrheit getragen sein.

Um zu guten Lösungen zu kommen und diese umzusetzen, braucht es umfassende Bürgerbeteiligung.

Die wissenschaftlichen Fakten und das Völkerrecht bilden einen Rahmen für den Diskurs. Innerhalb dessen gibt es aber viele Wertentscheidungen zu treffen, die demokratisch ausgehandelt werden müssen, z. B. wie Kosten und Nutzen von Klimaschutz verteilt werden. Wir finden es wichtig, diese Fragen ernsthaft zu diskutieren. Nur das kann verhindern, dass Rechtspopulisten Themen besetzen und Menschen mit begründeten Sorgen durch Falschinformationen und Hetze für sich vereinnahmen.

**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Seit einiger Zeit wird für uns das Thema »demokratische Kultur« wichtiger, also wie wir gesellschaftlich miteinander umgehen. Gerade beim Klimathema entstehen starke Konflikte durch Gefühle (Identität, Kontrollverlust usw.), die hinter den vermeintlichen Sachfragen liegen. Um diesen Gefühlen einen konstruktiven Raum zu bieten, organisieren wir z. B. das Gesprächsformat »Sprechen & Zuhören«, bei dem sich Menschen mit teils stark unterschiedlichen Perspektiven niedrigschwellig austauschen können.

- **Website** [mehr-demokratie.de/mehr-wissen/klima-und-demokratie](https://mehr-demokratie.de/mehr-wissen/klima-und-demokratie)
- **E-Mail** [steffen.krenzer@mehr-demokratie.de](mailto:steffen.krenzer@mehr-demokratie.de)
- **Telefon** +49 176 34336392



**KS Wie heißt ihr?**



Förderverein Unser Grambow e.V.

**KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?**

Der Förderverein Unser Grambow e.V. ist ein klassischer Dorfverein, der sich in einer ländlichen Gemeinde für Heimatpflege und allgemeines Dorfleben engagiert und somit wesentlich die Gemeinde im Bereich freiwilliger Leistungen unterstützt. Der Verein verfolgt das Ziel, den ländlichen Raum für alle Generationen lebenswert zu machen. Er schafft gemeinsam mit der Gemeindevertretung ein Angebot, welches sich an generationsübergreifenden Projekten orientiert, um eine breite Beteiligung mit vielen nachbarschaftlichen Verbindungen zu ermöglichen. Durch ein gemeinsames Verständnis für den Lebensraum wird auch der Klimaschutz bewusster verfolgt.

**KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Ein Defizit unserer Region ist der eingeschränkte ÖPNV, der insbesondere ältere Generationen an ein eigenes Auto bindet, um eine Grundmobilität für Versorgung und Arztbesuche zu ermöglichen. Weiterhin sind Eltern für Fahrdienste der Kinder bzw. Jugendlichen erforderlich.

**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Der Förderverein hat einen ausrangierten Mannschaftstransportwagen (MTW) der Freiwilligen Feuerwehr erworben, um eine nutzerbedarfsorientierte Fahrbereitschaft zu ermöglichen. Hierdurch kann der Verein seinen Mitgliedern ein Angebot ermöglichen, die Bedürfnisse zu befriedigen ohne auf eigene Fahrzeuge angewiesen zu sein. Durch Sammelfahrten wird ebenfalls das Klima geschont. Die Fahrten werden durch ehrenamtliche Fahrer angeboten. Durch die Mitgliedsbeiträge (3 Euro für Rentner bzw. 2 Euro für Kinder/Jugendliche) wird das Angebot gedeckt. Es entstehen keine individuellen Fahrkosten. Durch Sammelfahrten kommt es

zusätzlich zur Synergie von neuen generationsübergreifenden Vernetzungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern.

Das Fahrangebot wurde durch Einwohnerversammlungen und Fragebögen erarbeitet. Nicht alle Wünsche konnten berücksichtigt werden. Beispielfhaft werden keine Fahrten zu Discountern angeboten, da der eigene Dorfladen hier absolute Priorität hat.

Der Landkreis Nordwestmecklenburg ist zusätzlich auf dieses Projekt in der Gemeinde Grambow aufmerksam geworden. Hier konnte mit dem Verein zusätzlich eine Partnerschaft für eine Rufbuslinie im Landkreis gewonnen werden, so dass der Verein sich zusätzlich mit seinem Team von engagierten Ehrenamtlichen in der Region einbringt. Dies fördert die regionale Nachbarschaft.

Das beschriebene Projekt lebt von Freiwilligen, die sich ehrenamtlich einbringen, um den ländlichen Raum zu stärken und somit das Leben in traditionellen Dörfern generationsübergreifend zu sichern.





### **KS** Wie heißt Ihr?



Zukunft schmackhaft machen!

### **KS** Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Das Projekt nimmt die Nachhaltigkeitsstrategie der kleinen Stadt Tecklenburg zum Ausgangspunkt um andere Formen von Bürger\*innenbeteiligung zu erproben. Wie kann aus trockener Sitzungskultur, an der häufig nur bestimmte Menschen teilhaben, etwas Utopisches und Inklusives werden? Das Projekt »Zukunft schmackhaft machen!« lädt dazu ein, wünschenswerte Zukünfte zu erträumen und aktiv mitzugestalten. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen und deren Interessen sollen in (kommunal-)politischen und gesellschaftlichen Prozessen durch das Projekt deutlich stärker berücksichtigt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, entwickeln wir verschiedene thematische Zukunftsbausteine und das Konzept der »Tafel der Utopien«. Die Begegnung beim gemeinsamen Essen an der Tafel baut Barrieren ab und bildet die Basis für die inhaltliche Auseinandersetzung mit den physischen Lebensgrundlagen und dem Thema des Zukunftsbausteins. Diese Themen umfassen die Resilienz gegenüber Klima- und Umweltveränderungen, die lokale Ernährung im Kontext planetarer und menschlicher Gesundheit, Migration und (Klima-)Flucht, nachhaltige Digitalisierung und die inklusive Gestaltung der Energieversorgung.

### **KS** Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Die Auswirkungen von Klimakrise, Kriegen, Artensterben und gesellschaftlicher Ungleichheit und damit einhergehende Veränderungen sind überall spürbar und führen zugleich die Notwendigkeit für tiefgreifende Veränderungen vor Augen. Gleichzeitig entstehen auch Unsicherheiten und Ängste, die das Handeln erschweren, demokratische Strukturen zusätzlich gefährden und damit auch Nachhaltigkeitstransformationen blockieren.

Um jedoch die Potenziale und Chancen von sozial-ökologischen Transformationen erkennbar zu machen, ist es von besonderer Bedeutung,

dass Menschen Selbstwirksamkeit sowie Gestaltungsmöglichkeiten erfahren. Die Motivation und Ermutigung zur aktiven Mitgestaltung stehen als Leitgedanke hinter dem Projekt. Wir erproben konkrete Lösungsansätze für anstehende Herausforderungen. Das gemeinsame Handeln und Lernen verschiedener Akteur\*innen vor Ort stehen dabei im Mittelpunkt.

## **KS** Was ist ein Erfolg oder Best Practice?

Ein Schlüssel zum Gelingen ist die Struktur der »Tafel der Utopien«, bei der zunächst explizit Zeit und Raum für die Sorgen und Ängste geschaffen werden, bevor die Teilnehmenden auch räumlich einen klaren Wechsel vollziehen. Im folgenden Raum keimen beim gemeinsamen Essen die ersten Utopien und Visionen, die im letzten Raum gemeinsam in die ersten Schritte zur Umsetzung getragen werden.

- **Website** [www.dbu.de/projektbeispiele/nachhaltigkeitsstrategie-im-reallabor-tecklenburg/](http://www.dbu.de/projektbeispiele/nachhaltigkeitsstrategie-im-reallabor-tecklenburg/)
- **E-Mail** [daniela.pastoor@uni-muenster.de](mailto:daniela.pastoor@uni-muenster.de)



**KS Wie heißt ihr?**



Reparaturcafé Kleinzschachwitz in der Dresdner Gemeinschaftsvilla

**KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?**

Wir versuchen gemeinsam mit den Eigentümern der Sachen defekte Kleidung, Geräte, Holzsachen und Schmuck zu reparieren. Es ist ein Hobby, mehr nicht. D.h. wir sind weder Profis, noch geben wir irgendwelche Garantien. Die Eigentümer der Geräte dürfen z.B. nicht böse sein, wenn am Ende alles total kaputt ist.

Speziell als unsere Gruppe trauen wir uns noch nicht alles zu, aber wir werden immer besser. Die Leute vom Repaircafé Dresden-Freital, die das schon seit mehr als 10 Jahren machen, können wir bei schwierigeren Dingen anfragen zum Helfen oder Zeigen, wie's geht. Wir sorgen natürlich dafür, dass nicht alles sofort, nur, weil etwas kaputt ist, auf dem Müll landet. Ziel ist nicht nur die Sachen wieder funktionstüchtig zu kriegen, sondern auch, dass alle dazulernen und gemeinsam bei diesem Werkeln Spaß haben.

**KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Bei unserem Tun ergibt sich Ressourcen sparen und damit Klimaschutz ganz von allein. Außerdem hilft es Leute im Stadtteil zusammenzuführen und im Idealfall Einsamkeit zu mindern, dadurch dass sich bei uns Leute kennenlernen, die sich sonst nie begegnet würden.

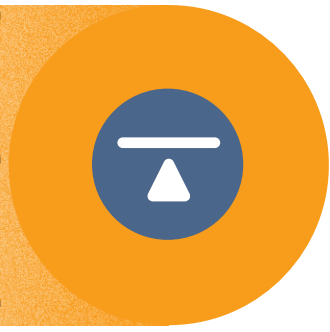
**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Eine junge Frau hatte einen defekten Caféautomaten und einen Freund, der gerne bastelt. Er traute sich diese Reparatur aber nicht zu, weil die Freundin ihren Caféautomaten sehr liebte und er wollte nichts endgültig schrotten. Die beiden kamen mit dem Teil zu uns und er bekam Tipps, wie es gehen könnte und das entsprechende Test- und anschließend Reparaturwerkzeug. Mit nur wenig Anleitung kriegte er den Automaten wieder gebrauchsfähig. Als Test wurde uns allen ein Cappuccino angeboten.

Reparaturcafé in der Dresdner Gemeinschaftsvilla  
Meußlitzer Str. 37  
01259 Dresden

➤ Website [www.gemeinschaftsvilla.de/regelmaessiges-pr0152-26584143aturcafe/](http://www.gemeinschaftsvilla.de/regelmaessiges-pr0152-26584143aturcafe/)  
➤ Telefon 0152-26584143





2.

# Gerechtigkeit und Inklusion in der Klimakrise

# Einführung

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie das Grundgesetz formulieren den Anspruch, dass alle Menschen gleich vor dem Gesetz sind. Alle sollen die gleichen Rechte und Teilhabemöglichkeiten besitzen. In der Realität sind diese Voraussetzungen jedoch nicht für alle gleichermaßen gegeben. Diskriminierung und soziale Ungleichheiten prägen den Alltag vieler Menschen. Sie zeigen sich auch darin, wie unterschiedlich Menschen von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.

Die Klimakrise betrifft uns alle, aber nicht alle gleich. Wer wenig Geld hat, leidet stärker unter Hitze oder hohen Energiekosten. Wer diskriminiert wird, hat oft weniger Möglichkeiten, mitzuentcheiden, gehört zu werden und sich zu schützen. Menschen mit Erkrankungen und Behinderungen sind häufig stärker von Extremwetterereignissen betroffen als andere. Gleichzeitig sind Wohlhabende, die am meisten zur Erderwärmung beitragen, oft weniger von den Folgen betroffen. Sie besitzen einfach mehr Ressourcen um sich zu schützen. Solche Unterschiede machen deutlich, dass Klimaschutz und Klimaanpassung immer auch Fragen von Gerechtigkeit sind.

Besonders sichtbar wird diese Ungleichheit im globalen Zusammenhang. Viele Regionen des Globalen Südens leiden bereits heute deutlich stärker unter den Folgen der Klimakrise etwa durch Dürren, Überschwemmungen und damit dem Verlust von wichtigen Lebensgrundlagen, obwohl sie in der Vergangenheit und heute wesentlich weniger zur Erderwärmung beigetragen haben. Die Klimakrise hängt global betrachtet auch mit kolonialer Ausbeutung zusammen. Das Konzept der Klimagerechtigkeit wurde als Antwort darauf und auf Grundlage dieser Erfahrungen im Globalen Süden entwickelt. Es macht deutlich, dass Verantwortung, Betroffenheit und Handlungsmöglichkeiten weltweit sehr ungleich verteilt sind.

Das bedeutet auch, dass Klimaschutzmaßnahmen selbst gerecht gestaltet werden müssen. Sie dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen für Menschen führen, die ohnehin benachteiligt werden. Klimaschutz bedeutet zudem mehr als CO<sup>2</sup>-Reduktion. Er kann ein Motor für soziale Gerechtigkeit sein. Wenn er demokratisch und inklusiv gestaltet wird, stärkt er den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eröffnet neue Handlungsspielräume für eine solidarische Zukunft. Eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Klimakrise erfordert deshalb, soziale Ungleichheiten mitzudenken. Es stellt sich die Frage: Wer übernimmt Verantwortung? Wer bekommt Unterstützung? Wer wird gehört? Wer entscheidet? Diese Fragen sind zentral, wenn Klimapolitik nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch sozial gerecht sein soll.

In diesem Kapitel führen zwei Beiträge in das Themenfeld ein: Imeh Ituen schreibt über »**Strukturelle Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeit**«, Andrea Schöne über »**Unsichtbare Perspektiven – Warum die Klimakrise ableistisch ist**«. Anschließend werden exemplarisch Initiativen und Praxisansätze vorgestellt, die Klimaschutz mit Fragen von Gerechtigkeit, Antidiskriminierung und Inklusion verbinden. Sie zeigen, wie soziale Perspektiven in konkrete Arbeit einfließen können und wie sich Klimaschutz so gestalten lässt, dass er möglichst viele Menschen mitnimmt.

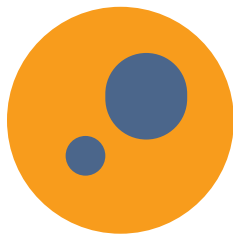


# Strukturelle Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeit

Ime  
Ituen

Die Kritik an geläufigen Klimawandeldarstellungen – etwa an den Bildern einsamer Eisbären auf schmelzenden Eisschollen – ist in Deutschland in den vergangenen Jahren lauter geworden. Kritisiert wird, dass solche Motive verschleiern, dass die Klimakrise nicht nur eine ökologische, sondern im Kern eine soziale Krise ist. Inzwischen hat sich daher ein Verständnis durchgesetzt, das die Klimakrise als sozial-ökologische Krise begreift und sie als Phänomen versteht, das untrennbar in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet ist.<sup>1</sup>

Diese Perspektive lässt sich auf drei analytische Dimensionen übertragen:



## Verursachungszusammenhänge

Ungleiche Machtverhältnisse prägen bereits den Ursprung ökologischer Krisen. Nicht alle Menschen waren in gleichem Maße an der Nutzung und Zerstörung von Ökosystemen beteiligt – und nicht alle haben gleichermaßen davon profitiert.



## Betroffenheitsmuster

Die Klimakrise verstärkt bestehende Ungleichheiten. Besonders betroffen sind marginalisierte Gruppen, die über weniger Ressourcen verfügen, um sich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.



## Externalisierungsmechanismen

Die Kosten und Risiken von Klimaschutz (und auch vom Nichtstun) tragen nicht alle gleich. Oft werden sie auf marginalisierte Gruppen abgewälzt.

Auf globaler Ebene wird deutlich, dass die Klimakrise untrennbar mit kolonial-rassistischen Machtverhältnissen verknüpft ist. Über Jahrhunderte wurden Länder des Globalen Südens zu Ressourcenlieferanten gemacht: Land und Menschen wurden ausgebeutet, während die ökonomischen Gewinne überwiegend im Globalen Norden anfielen. Diese koloniale Ordnung wirkt bis heute fort. Der Wohlstand des Globalen Nordens basiert weiterhin auf einem überproportionalen Zugriff auf ökologische und soziale Ressourcen des Globalen Südens. Dieses Muster wird als „imperiale Lebensweise“<sup>2</sup> bezeichnet – eine Konsum- und Produktionsweise, die ökologische Schäden und soziale Kosten systematisch in Länder des Globalen Südens verlagert. Auch aktuelle Klimaschutzmaßnahmen können

1 Vgl. Afeworki Abay, Robel/Schmelz, Andrea Frieda/Schmitt, Caroline/Schramkowski, Barbara: Klimakrise und globale Ungleichheit – Alte und neue Wissensformen für die Soziale Arbeit (2023). In: Köttig, Michaela/Kubisch, Sonja/Spatscheck, Christian (Hrsg.): Geteiltes Wissen – Wissensentwicklung in Disziplin und Profession Sozialer Arbeit, S. 291-302. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

2 Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom verlag.

diese Ungleichheiten reproduzieren, etwa wenn Emissionshandel oder großflächige Projekte für erneuerbare Energien zu Landverlusten, Wassermangel oder sozialen Konflikten führen.

In diese komplexe Verschränkung von kolonialen Kontinuitäten und Klimakrise ist auch Deutschland, historisch wie gegenwärtig, eingebunden. Als ehemalige Kolonialmacht ist Deutschland Teil einer kolonialen Ordnung und profitiert bis heute von globalen Lieferketten und Ressourcenflüssen, die auf ungleichen Austauschverhältnissen beruhen. Das spiegelt sich auch in aktuellen Klimaschutzstrategien wider. Ein Beispiel hierfür sind Wasserstoff-Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens. Deutschland verfolgt sie, um ausreichend erneuerbare Energie für die Energiewende zu sichern. In der Kritik steht diese Importstrategie, weil die Produktion von grünem Wasserstoff mit einem hohen Wasser- und Flächenverbrauch verbunden ist. Dadurch können ökologische Belastungen und soziale Konflikte entstehen, die bestehende globale Ungleichheiten fortschreiben.

### Lokale Dimension: Umweltungleichheiten in Deutschland

Auch in Deutschland wirken gesellschaftliche Machtverhältnisse in die Klimakrise hinein und prägen, wie Umwelt- und Klimarisiken verteilt sind. Erkenntnisse der Umweltgerechtigkeitsforschung zeigen, dass soziale Ungleichheiten – u.a. Klassismus, Rassismus oder Ableismus – beeinflussen, in welchem Maße Menschen Umwelt- bzw. Klimarisiken ausgesetzt sind und über welche Ressourcen sie verfügen, um sich vor ihnen zu schützen.

- **Klassismus:** Haushalte mit geringem Einkommen leben oft in schlecht isolierten Gebäuden und geben einen größeren Anteil ihres Einkommens für Heizkosten aus. Steigende Energie- und Sanierungskosten erschweren es, Wohnungen ausreichend zu heizen oder zu kühlen. Dies erhöht z.B. das Risiko gesundheitlicher Belastungen durch Extremwetterereignisse wie Hitze- oder Kältewellen.<sup>3</sup>
- **Rassismus:** Diskriminierung auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt führt dazu, dass Schwarze Menschen, Indigene Menschen und Menschen of Color (BIPoC) überdurchschnittlich häufig in Stadtteilen mit schlechter Umweltqualität wohnen – z.B. mit höherer Luftverschmutzung und weniger Grünflächen. Die geringere Umweltqualität wirkt sich unmittelbar auf die Gesundheit aus (z.B. häufigere Atemwegserkrankungen) und verstärkt Klimarisiken: Bei steigenden Temperaturen heizen sich dicht bebaute Viertel mit wenig Grünflächen schneller auf und bilden Hitzeinseln.<sup>4</sup>
- **Ableismus:** Ältere Menschen, Schwangere, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen sind körperlich stärker von Extremwetterereignissen wie Hitze- oder Kältewellen betroffen. Mangelnde Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in der Gesundheitsversorgung, in Warnsystemen oder Evakuierungsplänen erhöht ihre Gefährdung bei Extremwetterereignissen zusätzlich.<sup>5</sup>

In diesen Beispielen zeigt sich, dass auch in Deutschland sowohl Klimawandelfolgen als auch Klimaschutzmaßnahmen soziale Ungleichheiten verschärfen können, wenn die Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dennoch wird die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedarfe bei der Entwicklung konkreter Maßnahmen häufig als Hindernis wahrgenommen: »Wir können doch nicht alle mitdenken?« Diese Reaktion verweist auf ein normativ gesetztes »Wir«, das selten benannt, aber meist privilegiert gedacht ist. Politische Maßnahmen, städtische Planung oder Evakuierungsstrategien orientieren sich oft an dieser vermeintlichen Norm – an »typischen« Haushalten, »typischer« Mobilität oder »typischen« Wohnverhältnissen. Doch Norm ist nicht

3 Katja Schumacher, Victoria Noka & Johanna Cludius (2025): Identifying and supporting vulnerable households in light of rising fossil energy costs. Interim Report, Öko-Institut / German Environment Agency (UBA). Verfügbar unter: <https://www.oeko.de/publikation/identifying-and-supporting-vulnerable-households-in-light-of-rising-fossil-energy-costs/> (zuletzt abgerufen: 08.12.2025)

4 Vgl. Imeh Ituen & Lisa Tatu Hey (2021): Der Elefant im Raum – Umwelttrassismus in Deutschland. Studien, Leerstellen und ihre Relevanz für Umwelt- und Klimagerechtigkeit. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2021/11/26/der-elefant-im-raum-umwelttrassismus-deutschland> (zuletzt abgerufen: 08.12.2025)

5 Vgl. BUNDjugend (Hrsg.) (2023): VerRücktes Klima – BeHinderte Lösungen. Perspektiven auf Ableismus und Klimagerechtigkeit. Berlin. Verfügbar unter: <https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/2024/09/sammelband.pdf> (zuletzt abgerufen: 05.12.2025).



Mehrheit. Maßnahmen, die vermeintlich für alle hilfreich sein sollen, verfehlen häufig viele, weil sie für Menschen, die von einer oder mehreren Diskriminierungsdimensionen betroffen sind, keine entlastende Wirkung entfalten.

Wirksamer Klimaschutz lässt sich daher weder global noch lokal von Fragen gesellschaftlicher Machtverhältnisse trennen. Eine gerechte Klimapolitik gelingt dort, wo anerkannt wird, dass Umweltfragen immer auch Verteilungs- und Teilhabefragen sind. Die Umweltgerechtigkeitsforschung bietet hierfür zentrale Orientierungspunkte:

- **Verteilungsgerechtigkeit:** Wie sind Umweltrisiken sowie -ressourcen verteilt und wer trägt welche Lasten?
- **Verfahrensgerechtigkeit:** Wer ist an Entscheidungen beteiligt und wessen Stimme bleibt außen vor?
- **Anerkennungsgerechtigkeit:** Werden unterschiedliche Erfahrungen, Bedürfnisse und Lebensrealitäten berücksichtigt?

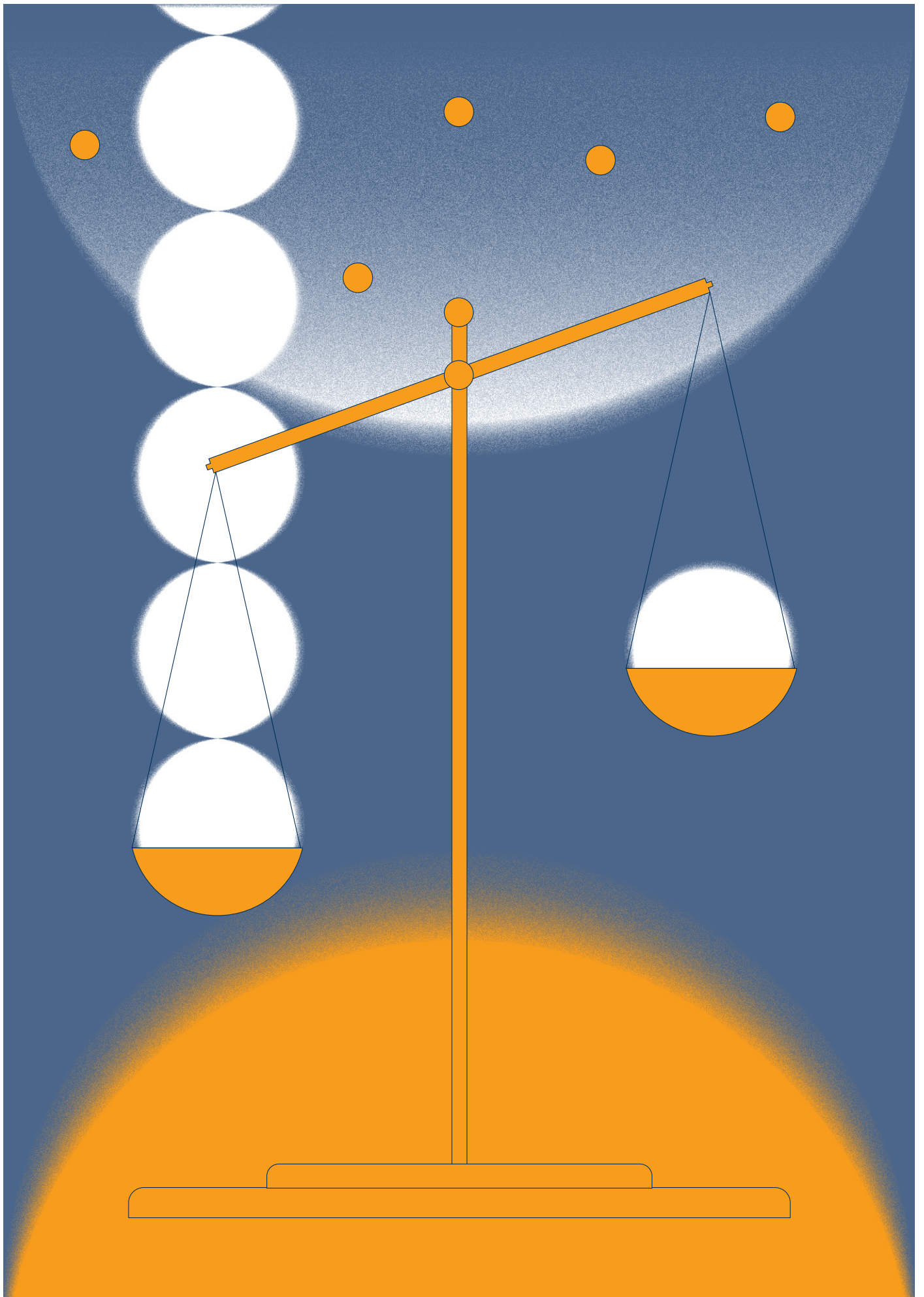
Sowohl politische als auch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen können hier entscheidend wirken, indem sie Ungleichheiten thematisieren, Beteiligung ermöglichen und soziale Fragen konsequent mit Klimaschutz verknüpfen.

**»Über Jahrhunderte wurden Länder des Globalen Südens zu Ressourcenlieferanten gemacht: Land und Menschen wurden ausgebeutet, während die ökonomischen Gewinne überwiegend im Globalen Norden anfielen.«**



---

**Imeh Ituen** promoviert an der Universität Bremen zu Kolonialität und Rassismus im Mensch-Natur-Verhältnis.



# Unsichtbare Perspektiven – Warum die Klimakrise ableistisch ist

Andrea  
Schöne

## Ein Überblick über Ökoableismus, Klimagerechtigkeit für behinderte Menschen und Ableismus in der Klimabewegung.

Welche Rolle Ableismus in der Klimakrise und für den Lebensalltag behinderter Menschen bereits einnimmt und in der nahen Zukunft noch mehr einnehmen wird, findet bisher in Deutschland noch wenig Beachtung.

Das Hochwasser im Ahrtal 2021, bei dem 13 behinderte Menschen starben, verdeutlichte exemplarisch, wie stark behinderte Menschen von der Klimakrise gefährdet sind und wie gering die öffentliche und politische Aufmerksamkeit dafür bisher ist. Geändert hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre noch zu wenig daran. So beschreibt eine Studie der Universität Harvard<sup>1</sup>, dass das Risiko für behinderte Menschen bis zu vier Mal höher ist, bei Naturkatastrophen schweren Schaden zu nehmen oder gar zu sterben. Laut der Wissenschaft nehmen Naturkatastrophen im Zuge der Klimakrise zu. Fehlende Barrierefreiheit, wenig Priorität beim Katastrophenschutz und nicht barrierefreie Warnsysteme spielen eine wichtige Rolle für den Lebensalltag behinderter Menschen weltweit in der Klimakrise. Sie sind aber nur ein Aspekt von Ökoableismus.

### Ökoableismus

Ableismus als Diskriminierungsform ist im deutschsprachigen Raum bisher in breiteren gesellschaftlichen Gesprächen noch eher unbekannt. Das Konzept definiert den Wert von Menschen und deren Leben nach Leistungsfähigkeit und Produktivität. Ebenso legt dieses Glaubenssystem fest, welche Körper als »normal« gelten und wie diese funktionieren sollen. Die Leistungsfähigkeit, die Körperfunktionen und der Lebensstil behinderter Menschen werden hier besonders stark abgewertet. Ableismus trifft in der kapitalistischen Gesellschaft aber auch Nichtbehinderte beispielsweise durch die Burnout-Kultur. Dies zeigt sich beispielsweise in der aktuellen Debatte, dass alle mehr und länger arbeiten sollen, um die Wirtschaftsleistung zu erhöhen, statt sich die Frage zu stellen, warum die Quote an Fehltagen in der Arbeit so stark angestiegen ist.

Ökoableismus zeigt sich auch in umweltaktivistischen Debatten. Die hohen moralischen Ansprüche vieler Umweltaktivist\*innen an den eigenen Lebensstil oder strukturelle Veränderungen wie die Verkehrswende in Form von autofreien Städten treffen behinderte Menschen auf verschiedene Weise und können deren Leben sogar gefährlicher machen.

Beispiele:

- Der Einkauf im Unverpackt-Laden ist für Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten nicht möglich, da nicht sichergestellt werden kann, ob Verunreinigungen vorhanden sind. Ebenso können gehbehinderte und körperbehinderte Menschen die langen Strecken zu den vereinzelt Geschäften oft nicht bewältigen.
- Bei autofreien Städten schlagen viele Umweltaktivist\*innen vor, dass behinderte Menschen sich für ihre Autos Sondergenehmigungen holen können. Diese ist aber mit vielen bürokratischen

<sup>1</sup> Hier gibt es mehr Informationen zu der Studie der Universität Harvard über inklusiven Katastrophenschutz: <https://www.environment.harvard.edu/news/disability-time-climate-disaster>

## »Fehlende Barrierefreiheit, wenig Priorität beim Katastrophenschutz und nicht barrierefreie Warnsysteme spielen eine wichtige Rolle für den Lebensalltag behinderter Menschen weltweit in der Klimakrise.«



Hürden sowie mit viel Zeitaufwand verbunden und für Menschen ohne Wohnsitz in der jeweiligen Stadt oft gar nicht möglich.

- Plastikstrohhalm sind für viele körperbehinderte Menschen eine wichtige Trinkhilfe. Alternativen funktionieren nicht. Ebenso ist der Plastikverbrauch hier vergleichsweise gering und ein Verbot daher kaum effektiv.

### Fehlende Zugänge in der Klimabewegung

Immer wieder gebe ich bei Menschenrechts- und Umweltverbänden Workshops zu Ableismus in der Klimakrise. Immer wieder stelle ich hier aufs Neue fest, dass meine Workshops im Vergleich meist weniger besucht werden. Das halte ich nicht für Zufall, da ich selbst auch nur wenige Umweltaktivist\*innen mit Behinderung kenne. Je nach Behinderung und der Form ihrer Arbeit stoßen sie auf verschiedene Hürden. Die Notwendigkeit Klimaschutz inklusiv zu denken, erfährt oft wenig Beachtung. Die meisten Umweltorganisationen scheitern schon bei der Kommunikation, indem sie behinderte Menschen mit ihren Angeboten weder thematisch noch als Akteur\*innen oder Publikum ansprechen. Um das zu ändern, hier ein paar Anregungen:

- **Direkte Ansprache:** Behinderte Menschen sollten auf Flyern, Websites und in Informationsquellen direkt angesprochen werden. Dazu ist es notwendig sich im Vorfeld als Organisation zu anti-ableistischer Sprache zu informieren.
- **Barrierefreiheit bei Informationen:** Es ist wichtig, dass Organisationen ihr Material, z.B. durch Einfache oder Leichte Sprache<sup>2</sup> so barrierearm wie möglich gestalten, um so Informationen möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Dieses Informationsmaterial hat viele Vorteile. Es spricht eine breite Zielgruppe an, wie Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen oder ältere Menschen. Ebenso senken z.B. textliche Beschreibungen von Bildern (Alternativtexte) beim Social Media-Auftritt die Barrieren für viele Menschen. Als Organisation ist es wichtig sich regelmäßig zu neuen Standards fortzubilden.
- **Barrierefreiheit vor Ort:** Bei Veranstaltungen müssen die Gegebenheiten vor Ort beachtet werden. Damit z.B. auch Rollstuhlfahrer\*innen als Sprecher\*innen oder Publikum teilnehmen, muss auch gewährleistet werden, dass diese überhaupt den Veranstaltungsort betreten können. Dies gilt ebenso für Gruppentreffen von Umwelt- und Klimaschutzinitiativen. Die Möglichkeit Personen Online-Zuzuschalten oder andere Arten hybrider Formate senken Barrieren für Menschen stark herab.
- **Eigenes Verhalten:** Nicht-Behinderte Menschen sollten sich zu Ableismus und zum Umgang mit behinderten Menschen selbstständig fortbilden. Dies kann über Social-Media-Formate, Podcasts, Bücher oder auf vielen anderen Wegen geschehen. Dabei ist auch entscheidend dies immer wieder zu tun und beispielsweise nicht nur einmal einen Workshop zu besuchen. Immer wieder gehen behinderte Menschen zu Veranstaltungen oder werden eingeladen und nehmen die Rolle der »Erklärer\*in zu Barrierefreiheit und Inklusion« ein. Dies ist für die Betroffenen emotional sehr anstrengend.

2 Für Einfache und Leichte Sprache gibt es Lehrgänge oder professionelle Schreiber\*innen mit einer Prüfgruppe. Dies kostet Geld, das einkalkuliert werden muss.



- **Ableismus & Inklusion als Thema:** Organisationen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, das Interesse des Publikums mit Behinderung zu gewinnen, wenn Sie sich auch thematisch bei Veranstaltungen direkt mit Ökoableismus und inklusiver Klimagerechtigkeit beschäftigen. Wichtig ist hierbei behinderte Referent\*innen angemessen zu bezahlen und ebenso für alle die Möglichkeit zu bieten, digital teilzunehmen. Ebenso sollten behinderte Menschen als Sprecher\*innen nicht eingeladen werden, weil sie z.B. eine große Reichweite auf Social Media haben oder in der Öffentlichkeit stehen, sondern nur aufgrund ihres Fachwissens zum jeweiligen Thema der Veranstaltung.<sup>3</sup>

### »Nicht ohne uns über uns«

Dies ist ein jahrzehntealter Slogan aus der internationalen Behindertenbewegung und gleichzeitig steht er für eine ökologisch-inklusive Vision von Klimaschutz. Leider ist bei weitem nicht überall bekannt, dass behinderte Menschen überhaupt eine der weltweit am meisten von der Klimakrise bedrohten Menschengruppen sind. Auch deswegen sollten behinderte Menschen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen eine wichtige Rolle einnehmen. Gleichzeitig sollten Nicht-behinderte erkennen, dass beispielsweise inklusiver Katastrophenschutz die Wahrscheinlichkeit für alle erhöht, keinen Schaden bei Naturkatastrophen zu nehmen. Um sowohl ökologisch und gerecht zu leben als auch die Klimakrise bestmöglich einzudämmen, ist es notwendig, dass behinderte Menschen kreative und widerstandsfähige Ideen einbringen und diese gehört sowie aufgegriffen werden.

**»Um sowohl ökologisch und gerecht zu leben als auch die Klimakrise bestmöglich einzudämmen, ist es notwendig, dass behinderte Menschen kreative und widerstandsfähige Ideen einbringen und diese gehört sowie aufgegriffen werden.«**



---

**Andrea Schöne** arbeitet als Journalistin, politische Bildnerin und Autorin und beschäftigt sich insbesondere mit Menschenrechten, Klimagerechtigkeit und Behindertenrechte. 2022 erschien ihr erstes Buch *Behinderung und Ableismus* im Unrast Verlag. 2024 erschien ihr Essay *Unlearn Ableismus* im Sammelband *Unlearn CO2* im Ullstein Verlag.

---

<sup>3</sup> Sehr zu empfehlen ist hier z.B. Maria-Victoria Trümper von der Interessensvertretung Selbstbestimmt Leben. Sie arbeitet an einem dreijährigen Projekt zu inklusivem Katastrophenschutz und hat zur Situation behinderter Menschen auch auf internationaler Ebene große Expertise.

# Basics

## für barrierearme Demonstrationen



### Rampe

Menschen, die eine Gehhilfe wie z.B. einen Rollstuhl benötigen, brauchen für Reden auf einer Bühne eine Rampe.



### Ebene Wege

Die Wege bei Demonstrationen dürfen nicht zu uneben und steil sein. Noch besser wäre die Möglichkeit die Demonstration gleich auf einem Platz abzuhalten.



### Kollaboration

Nehmt Kontakt mit Selbstvertretungen vor Ort auf und nehmt Vorschläge für eine barrierearme Demonstration an. Hierzu könnte z.B. auch gehören die Wegstrecken gemeinsam zu entwickeln. Ebenso lohnt sich ein thematischer Zusammenschluss.



### Ruhebereiche

Schafft insbesondere bei großen Demonstrationen Ruhebereiche und bewirbt diese im Vorfeld, damit z.B. neurodivergente und gehbehinderte Menschen die Chance haben, diese zu nutzen. Drängt diese Möglichkeit aber anderen nicht auf.



### Barrierefreiheit

Nutzt einfache Sprache bei Reden und Gebärdensprachdolmetschung. Macht auch gleichzeitig eine Online-Demonstration.



### Perspektive

Ladet als Sprecher\*innen bei den Demonstrationen behinderte Menschen ein, aufgrund ihres Wissens zum Thema und nicht, weil sie bekannt sind. Hierzu können auch lokale Themen ein wichtiges Gesprächsthema für die Demonstration sein, da Klimathemen statt aus einer abstrakten Perspektive praktisch an einem Beispiel behandelt werden können und damit auch für Nichtbetroffene greifbarer werden. Ebenso erhöht es die Wahrscheinlichkeit Veränderungen auf lokaler Ebene voranzutreiben.





### KS Wie heißt ihr? ▲

Unser Projekt heißt »Selbst-bestimmt für Vielfalt und Inklusion«. Wir gehören zum Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e. V., einem Selbstvertretungsverein.

### KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Wir sind ein niedrigschwelliges Gruppenangebot für Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und interessierte Nicht behinderte.

Wir bieten:

- Gruppen-Treffen
- Beratung
- öffentliche Informationsveranstaltungen
- organisieren Ausstellungen
- veröffentlichen Broschüren zu aktuell relevanten Themen

Unser Ansatz – Wir haben uns gefragt: Wo können wir im Alltag etwas bewirken? Und vor allem: Wie lässt sich das mit Behinderung umsetzen? Dafür haben wir viele Dinge selbst ausprobiert, Hindernisse identifiziert und Lösungen entwickelt. Herausgekommen sind zwei Nachhaltigkeitskompass – einer für Anfänger und einer für Fortgeschrittene. Beide Broschüren zeigen auf, wie Nachhaltigkeit im Alltag gelingen kann, und zwar in den Bereichen:

- Konsumverhalten (bewusster einkaufen, Ressourcen schonen)
- Ernährung (regional, saisonal)
- Recycling & Zero Waste (Müll vermeiden, Upcycling-Ideen)
- Mobilität & Technik (barrierefreie Alternativen, energiesparende Geräte)

Jedes Thema wird kurz eingeführt und mit praktischen Tipps untermauert – speziell für Menschen mit Behinderungen. Denn Nachhaltigkeit soll für alle möglich sein!

Unsere Materialien: Die Broschüren sind kostenlos auf unserer Webseite zu finden und können auch heruntergeladen werden.

➤ [www.bzsl.de/beratungs-projekte/selbstbestimmt-vielfalt-inklusion/](http://www.bzsl.de/beratungs-projekte/selbstbestimmt-vielfalt-inklusion/)

Unsere Ziele: Wir wollen zeigen, dass jeder Beitrag zählt – egal wie groß oder klein. Gemeinsam können wir Barrieren abbauen und einen inklusiven Klimaschutz gestalten.

**KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Unser Fokus liegt auf Austausch, Empowerment und gesellschaftlicher Teilhabe. Besonders wichtig sind uns dabei die Themen Klimawandel, Nachhaltigkeit, Resilienz und ab 2026 KI und soziale Medien – immer mit Blick auf die Lebensrealität von Menschen mit Behinderungen. Denn Selbstbestimmung bedeutet für uns, informiert zu sein und selbstbestimmt handeln zu können, trotz der Komplexität dieser Themen.

**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Innerhalb des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigen wir auf, dass inklusiver Klimaschutz notwendig ist und setzen uns dafür ein, dies stärker zu berücksichtigen. So haben wir z.B. unser Projekt auf der Abschlussveranstaltung des Projektes »Klimaschutz in der sozialen Arbeit stärken« vorgestellt.

➤ **Website** [www.bzsl.de](http://www.bzsl.de)  
➤ **E-Mail** [jana.bucke@bzsl.de](mailto:jana.bucke@bzsl.de)  
➤ **Telefon** 0157 3778 9653

## Überall Klima, Nirgendwo Gerechtigkeit

KLIMA(UN)GERECHTIGKEITEN IN  
DEUTSCHLAND

### KS Wie heißt ihr?

Wir sind Nene Opoku und Tatu Hey und machen gemeinsam den Podcast »Überall Klima, nirgendwo Gerechtigkeit«.

### KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Als Aktivistinnen an der Schnittstelle von Klima- und antirassistischer Bewegung haben wir in den vergangenen Jahren viel Bildungsarbeit zu Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeit gemacht. Um mehr Menschen zu erreichen und die Themen zugänglicher zu machen, haben wir uns für einen Podcast entschieden. Einen dezidiert antirassistischen Klimapodcast mit diesem Schwerpunkt gibt es in Deutschland bislang nicht und diese Lücke möchten wir schließen.

In unserem Podcast beschäftigen wir uns aus einer machtkritischen Perspektive mit Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeit. Wir sprechen mit Aktivist\*innen, Wissenschaftler\*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen darüber, wie sich Umwelt- und Klima(un)gerechtigkeiten in Deutschland konkret zeigen, wie struktureller Rassismus in ökologischen Fragen wirkt, welche globalen Machtverhältnisse damit verbunden sind und welche Perspektiven es für eine sozial-ökologische Transformation gibt. Unser Anliegen ist es, Klimadebatten konsequent mit Fragen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und globaler Verantwortung zu verbinden und diese Zusammenhänge für politische Bildungsarbeit und zivilgesellschaftliche Praxis verständlich zu machen.

### KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Wir gehen davon aus, dass die Klimakrise nicht getrennt von gesellschaftlichen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen verstanden werden kann. Der Ausbeutungszusammenhang von Mensch und Natur ist historisch eng mit Kolonialismus, Rassismus und globalen Ungleichheiten verwoben. Eine sozial-ökologische Transformation erfordert daher nicht nur technologische Veränderungen, sondern auch Auseinandersetzungen darüber, wie Ressourcen, Arbeit und gesellschaftlicher Reichtum organisiert

sind und wer über zentrale wirtschaftliche und politische Entscheidungen mitbestimmt. Antirassistische und dekoloniale Perspektiven verstehen wir als zentrale Bestandteile klimagerechter Demokratie. Gleichzeitig beobachten wir, wie extrem rechte Akteur\*innen versuchen, Klimafragen rassistisch umzudeuten. Dem setzen wir solidarische und gerechtigkeitsorientierte Perspektiven entgegen.

**(KS) Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Unser Podcast versteht sich als Beitrag zu einer politischen Bildung, die Klima-, Demokratie- und Gerechtigkeitsfragen zusammendenkt und für Aktivist\*innen, Bildungsarbeiter\*innen und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zugänglich macht. Er soll helfen, materielle Zusammenhänge der Klimakrise sichtbar zu machen, kritische Perspektiven zu stärken und Handlungsspielräume für eine klimagerechte Transformation zu eröffnen.

➤ **Website** [instagram.com/antirassistischer\\_klimapodcast](https://www.instagram.com/antirassistischer_klimapodcast)  
➤ **E-Mail** [antira-klimapodcast@riseup.net](mailto:antira-klimapodcast@riseup.net)



Bildrechte: Tim Wagner

**KS Wie heißt ihr?**

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.

**KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?**

Seit 2012 arbeiten wir zur sozial-ökologischen Transformation, Klimagerechtigkeit und transformativer Bildung. Wir schreiben Konzepte für eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftsweise und machen dazu Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Im Konzeptwerk testen wir unsere Vision eines guten Lebens in unserer Lohnarbeit. Wir sind als Kollektiv organisiert. Das bedeutet, wir haben keine Chef\*innen und entscheiden gemeinsam. Gemäß unserer Forderung nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung verbringen wir 20–30 Stunden pro Woche mit unserer Arbeit für das Konzeptwerk. Die Bezahlung ist bedürfnisorientiert und Sorgearbeit wird gerecht verteilt.

**KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Die Grundlage unserer Arbeit ist die Erkenntnis, dass eine Wirtschaftsweise, die auf der Idee von unendlichem Wachstum beruht, auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht funktionieren kann. Sie zerstört die Umwelt, heizt die Klimakrise weiter an und verschärft bestehende Ungerechtigkeiten. Sie erzeugt Reichtum für Wenige, aber Ausgrenzung und Armut für Viele. Es leiden prekär Beschäftigte hier, vor allem aber Menschen im Globalen Süden. Doch diese Form des Wirtschaftens ist nicht alternativlos! Unsere Wirtschaft muss sich an den Bedürfnissen aller Menschen ausrichten. Wir brauchen gesellschaftliche Utopien, um der scheinbaren Alternativlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise etwas entgegenzusetzen. Sie bieten uns eine Grundlage, um als Gesellschaft darüber ins Gespräch zu kommen, wie wir in Zukunft leben wollen. Erst wenn wir wissen, was wir wollen, können wir uns auch in diese Richtung bewegen.

**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice Eurer Arbeit?**

Wir haben 2020 unser Projekt Zukunft für alle umgesetzt, in dessen Rahmen wir einen Vorschlag für eine post-kapitalistische Gesellschaft veröffentlicht haben. Die Frage, die uns anschließend oft begegnete, war: Wie kommen wir da hin? Also haben wir mit den Bausteinen für Klimagerechtigkeit acht Dossiers mit konkreten und umsetzbaren Maßnahmen für einen grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft veröffentlicht. Diese Maßnahmen zielen auf strukturelle Veränderungen unseres wachstumsbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems durch gesellschaftliche statt technische Innovationen. Bei den Maßnahmen handelt es sich beispielsweise um eine sozial-ökologische Steuerreform, autofreie Städte und eine gerechte Bodenreform.

Derzeit erweitern wir unseren Blick auf die globale Ebene. Mit der Veröffentlichung der Bausteine für Klimareparaturen rücken wir Perspektiven aus dem Globalen Süden ins Zentrum.

➤ **Website** [www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org](http://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org)  
➤ **E-Mail** [info@knoe.org](mailto:info@knoe.org)

## Urban Health digiSpace

### KS Wie heißt das Projekt?

UrbanHealth digiSpace

### KS Was wird gemacht? Was ist das Ziel?

Im Urban Health digiSpace werden Informationen als digitale Lehrmaterialien zum Thema StadtGesundheit/UrbanHealth online (als Open Educational Ressource) frei zur Verfügung gestellt. Fachinhalte zu den Themen Grünflächen, Lärm, Mobilität und Chancengerechtigkeit sowie zu Methoden wie Photovoice, Online-Beteiligung und dem Stadt-Raum-Monitor werden in verschiedenen Formaten aufbereitet und bereitgestellt. Die Materialien können zum eigenständigen Lernen orts- und zeitunabhängig genutzt und, unterstützt durch didaktische Impulse, auch von Lehrenden eingesetzt werden. Einzelne Inhalte sind in englischer Sprache verfügbar. 2026 werden zudem Praxis-Impulse entwickelt, die Praktiker\*innen im Einsatz verschiedener Methoden zu StadtGesundheit unterstützen können.

### KS Wodurch zeichnet sich ihre Perspektive auf das Thema aus?

Die Perspektive von StadtGesundheit ermöglicht es, Themen wie Klima, Gesundheit und Beteiligung integriert zu betrachten. Der UrbanHealth digiSpace setzt auf Kompetenzentwicklung verschiedener Akteure und transdisziplinäre Wissensgeneration – also das gemeinsame Lernen von Praxis, Wissenschaft und diversen Communities.

### KS Was war/ist ein Erfolg oder eine bestpractice, die Sie teilen möchten?

Die Anwendung der Lehrinhalte zur Photovoice-Methode konnte global gemeinsam umgesetzt werden. Dies war eine tolle Lehr- und Lernerfahrung für Lehrende und Studierende aus Brasilien, Deutschland, Hong-Kong, Indien, Nepal, Österreich und der Schweiz, die auch zu einer internationalen Publikation geführt hat. Derzeit erweitern wir unseren Blick auf die globale Ebene. Mit der Veröffentlichung der Bausteine

für Klimareparaturen rücken wir Perspektiven aus dem Globalen Süden ins Zentrum.

➤ **Website** [www.urbanhealth-digispace.de](http://www.urbanhealth-digispace.de)  
➤ **E-Mail** [Heike.Koeckler@hs-bochum.de](mailto:Heike.Koeckler@hs-bochum.de)

Klimakrise  
und die  
extreme  
Rechte



3.

Die Klimakrise birgt nicht nur ökologische und soziale Herausforderungen, sondern auch politische Konfliktfelder. Wie über sie gesprochen wird, wer Deutungsmacht gewinnt und welche Bilder und Begriffe sich durchsetzen, beeinflusst, wie handlungsfähig unsere Demokratie bleibt. In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden: Auch die extreme Rechte hat Themen rund um die Klimakrise für sich entdeckt.

Dabei geht es weniger um ernsthaften Umweltschutz als um politische Strategie. Klimaschutz wird genutzt, um Menschen an eigene Erzählungen heranzuführen, Misstrauen gegenüber »Eliten« und demokratischen Institutionen zu schüren. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden angezweifelt oder als Glaubensfrage dargestellt. Klimaforschende, Klimaaktivist\*innen und politische Entscheidungsträger\*innen werden angegriffen und verunglimpft. Maßnahmen zum Klimaschutz werden als Bedrohung von Freiheit, Wohlstand oder »nationaler Identität« inszeniert.

Die Ablehnung der extremen Rechten von globaler Zusammenarbeit, die Abwehr von Transformation und ein nationalistisches Politikverständnis passen in ein Weltbild, das auf Abgrenzung statt auf gemeinsame Verantwortung setzt. Klimaschutzpolitik wird dabei nicht als Antwort auf eine globale Krise verstanden, sondern als angebliches Projekt »der da oben« gegen »die hier unten«. Ängste vor Veränderung, so etwa beim Heizen, beim Verkehr oder in der Energieversorgung, werden aufgegriffen, zugespitzt und für eigene Zwecke instrumentalisiert. In diesen Erzählungen erscheint nicht die Klimakrise als Gefahr, sondern die Klimapolitik selbst.

Hinzu kommt die Normalisierung solcher Erzählungen. Wenn demokratische Parteien oder gesellschaftliche Akteur\*innen Begriffe, Argumentationsmuster oder Dramatisierungen übernehmen, verschieben sich Debatten. Eine klare inhaltliche Abgrenzung wird schwieriger. So geraten sachliche Auseinandersetzungen unter Druck, während Populismus und Desinformation an Einfluss gewinnen.

Der Klimawandel fordert die Demokratie auch kommunikativ heraus. Es stellen sich die Fragen: Welche Strategien nutzen extreme Rechte, um Klima- und Umweltthemen zu besetzen? Wo gibt es ideologische Verbindungen zwischen Klimawandelleugnung, Rechtspopulismus und autoritären Umweltbildern? Und wie können demokratische Ansätze im Klima- und Umweltschutz solche Bestrebungen adressieren?

Diesen Fragen widmet sich dieses Kapitel und nimmt dabei die Schnittstelle von Klimapolitik und extrem rechter Einflussnahme in den Blick. Zwei Artikel führen in das Thema ein: Matthias Quent analysiert in »**Reaktionen der äußersten Rechten auf die Klimakrise**« zentrale Strategien und Dynamiken. Florian Teller beleuchtet in »**Grüne Braune**« die ideologischen Hintergründe extrem rechter Ökologie. Anschließend stellen Initiativen ihre Arbeit vor und zeigen wie es möglich ist, sich für Umweltschutz zu engagieren und dabei Klimawandelleugnung, Rechtsextremismus und Desinformation praktisch zu begegnen.

# Reaktionen der äußersten Rechten auf die Klimakrise

Prof. Dr.  
Matthias  
Quent

Die Klimakrise ist längst zu einem Politikum geworden, das auch von der äußersten Rechten instrumentalisiert wird. Im Folgenden werden zentrale Strategien knapp erläutert.

## Klimaleugnung und -verharmlosung

Ein zentrales Muster rechter Klimareaktionen ist die Leugnung des menschengemachten Klimawandels oder die Verharmlosung seiner Folgen. So zweifelt unter anderem die AfD den wissenschaftlichen Befund der Klimakrise an und diffamiert Klimaschutz. Klimaschutzmaßnahmen werden pauschal als überflüssig oder schädlich dargestellt und oft als wahnhaft (Klima »-hysterie«, »-irrsinn«, »-religion« usw.) geframt, also in einen negativen Deutungsrahmen eingebunden, ohne sich mit den Fakten zu beschäftigen. Damit wird mit dem wissenschaftlichen Konsens gebrochen. Der wissenschaftliche Konsens der Klimaforschung besagt: Seit dem späten 19. Jahrhundert ist die Durchschnittstemperatur der Erde deutlich angestiegen. Hauptursache dafür sind menschliche Aktivitäten, insbesondere der Ausstoß von Treibhausgasen. Wenn diese Emissionen weiter anhalten, werden globale Folgen nicht nur wahrscheinlicher, sondern auch schwerwiegender. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass Menschen und Staaten durch entschlossenes individuelles und gemeinsames Handeln die Erwärmung verlangsamen und sich auf unvermeidbare Veränderungen und deren Auswirkungen vorbereiten. Die dem entgegenstehende wissenschaftsfeindliche Ausrichtung ist derzeit die dominante Klimastrategie der äußersten Rechten in Deutschland. Die Kernaussage: Es gibt keinen gefährlichen Klimawandel - der Klimaschutz schadet nur. Folglich wird Klimapolitik als illegitimes »Elitenprojekt« diffamiert, das Freiheit und Wohlstand des »Volkes« bedrohe. Solche Behauptungen sollen die Bevölkerung verunsichern, die Bereitschaft zu Klimareformen untergraben und vor allem politischen Profit aus der (mitverantworteten) Verunsicherung schlagen.

## Völkisch-autoritäre Umdeutungen: Ökonationalismus und Ökofaschismus

Neben der Leugnung existiert eine zweite Strategie: die völkisch-nationalistische Vereinnahmung ökologischer Fragen. Hierbei eignen sich Rechtsaußen-Akteur\*innen den Umwelt- und Naturschutz an und deuten ihn rassistisch um. Sie betonen etwa den Wert der heimischen Natur, fordern »Heimatschutz« statt Klimaschutz und schieben die Schuld an Umweltproblemen pauschal anderen - vornehmlich nicht-weißen - Gruppen zu. Die Kernthese lautet dabei: Es gibt Umweltkrisen und verantwortlich seien »die Anderen« - etwa das Bevölkerungswachstum im Globalen Süden, »Masseneinwanderung«, oder Moderne und Globalisierung sowie Industrialisierung generell. Dabei wird auch mit antisemitischen Verschwörungsmythen gearbeitet, in denen wahlweise der Klimawandel oder die »Klimalüge« mit judenfeindlichen Erzählungen verbunden werden. Als angebliche Lösung propagieren diese Strömungen eine nationale Abschottung und autoritäre Kontrolle der Ressourcen: Migration müsse gestoppt und die vermeintliche ethnische Homogenität<sup>1</sup> der »Volksgemeinschaft« geschützt werden. Außerdem müsse die Bevölkerung im Globalen Süden - insbesondere Schwarze und muslimische Menschen - reguliert und reduziert werden. Dabei ist der Überkonsum im Globalen Norden hauptverantwortlich für Treibhausgasemissionen. So emittiert beispielsweise Deutschland gemessen an einem gerechten Anteil nach dem Bevölkerungsanteil in der Welt etwa 200 Prozent schädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen, während der gesamte afrikanische Kontinent nur etwa 22 Prozent seines gerechten Anteils emittiert.

1 Ethnische Homogenität meint, dass eine Bevölkerung weitgehend derselben ethnischen Abstammung angehört und ist in der Regel rassistisch gemeint.

## Verstärkung von Veränderungsängsten

Äußerst rechte Akteur\*innen schüren gezielt Veränderungsängste, indem sie Maßnahmen der ökologischen Wende generell als ideologisch, unnötig und bedrohlich darstellen. Besonders sichtbar wird dies in Debatten über Windkraftanlagen, das Gebäudeenergiegesetz oder über steigende Kosten für Benzin, Öl und Gas. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird als Bedrohung für Landschaften, für Zugvögel, lokale Identität oder private Geldbeutel geframt. Dabei bedient sich die äußerste Rechte auch bei Argumenten und Sorgen von Naturschutzorganisationen oder Initiativen von Bürger\*innen ohne einen extrem rechten Hintergrund. Solche Erzählungen greifen reale Sorgen auf – etwa über finanzielle Belastungen oder regionale Strukturbrüche – und radikalisieren sie, indem sie Veränderungen als Ausdruck einer feindlichen Politik darstellen und mit Bedrohungs- und Falschdarstellungen Debatten emotional verzerren. Diese Strategie wirkt, weil sie den Anschluss an Verunsicherungen in großen Teilen der Gesellschaft ermöglicht. Viele Menschen erleben die Transformation als komplex und finanziell sowie für ihre Gewohnheiten erzwungen und überfordernd. Rechte Angebote versprechen dagegen Stabilität, Sicherheit und den Erhalt des (fossilen) Status quo. Demgegenüber bieten sich sozial-ökologische Alternativen an: So kann der Ausbau erneuerbarer Energien als Chance regionaler Wertschöpfung und demokratischer Kontrolle über Energieversorgung verstanden werden. Steigende Preise fossiler Energien können politisch abgefedert werden – etwa durch sozial gerechte Rückverteilungen, Klimageld oder regionale Mobilitätspolitik. Diese Perspektiven machen deutlich, dass der Agitation der äußersten Rechten im Konfliktfeld Klimaschutz nicht nur mit Aufklärung und Bildung, sondern vor allem durch sozial gerechte Lösungen begegnet werden muss.

## Angriffe auf Demokratie und Wissenschaft

Auch Angriffe auf demokratische Institutionen und die Wissenschaft gehören zum Repertoire der äußersten Rechten in der Klimadebatte. Klimaleugner\*innen behaupten, es gebe keinen wissenschaftlichen Konsens. Klimaforschende und Aktivistinnen werden diffamiert, um Zweifel zu säen. Zugleich stilisieren sie sich als Verteidiger der Freiheit gegen eine angebliche »Klimadiktatur« oder gegen »Ökosozialismus«. Entsprechend werden Narrative verbreitet, nach der die Klimapolitik die Bevölkerung unterdrücken und die Wirtschaft schwächen wolle. Nach diesem Muster werden diverse Verschwörungserzählungen gegen die ökologische Wende gestrickt. Damit untergräbt die extreme Rechte sachliche Diskurse und präsentiert sich durch emotional-identitäre Kommunikation als einzig vermeintlich vernünftige Kraft, die das Volk vor der Bedrohung durch die Politik einer ökologischen Wende schützen könne.

Die Grenzen zwischen diesen vier idealtypischen (und unvollständigen) Strategien verlaufen fließend. Bisweilen wird taktisch zwischen den Ansätzen gewechselt, was eine rationale Auseinandersetzung zusätzlich erschwert. Gerade deshalb braucht es Klimapolitik, die nicht nur wissenschaftsbasiert und wirksam, sondern auch sozial gerecht und an den Lebenswirklichkeiten unterschiedlicher Milieus orientiert ist. Damit wird Verunsicherung abgebaut, Propaganda entlarvt und der ökologische Wandel als eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe erfahrbar wird, die gelingen kann.

---

**Matthias Quent** ist Soziologe, hat eine Professur an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena inne und forscht zu Rechtsextremismus, Demokratiegefährdungen und gesellschaftlichen Polarisierungsprozessen.

### Zum Weiterlesen

- Matthias Quent / Christoph Richter / Axel Salheiser: Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München: Piper 2022.
- Marleen Hascher u.a.: Jugend. Klima. Rechtsextremismus. Perspektiven junger Menschen auf Herausforderungen der Gegenwart, Opladen: Verlag Barbara Budrich 2026. <https://shop.budrich.de/produkt/jugend-klima-rechtsextremismus/>



# Grüne Braune

Florian  
Teller

## Naturschutz war nie nur progressiv – seine extrem rechten Wurzeln wirken bis heute fort

Natur- und Umweltschutz gelten zumeist als fortschrittliche Anliegen. Doch schon die frühe Ökologiebewegung vertrat rückwärtsgewandte Positionen, die sich zum Teil auch heute noch in rechten Vorstellungen von Natur und Umwelt wiederfinden. Der Text zeichnet nach, wie sich rechte Motive vom frühen Heimatschutz über den Nationalsozialismus bis zu heutigen Parteien und Strömungen halten – und was demokratische Akteur\*innen daraus lernen sollten.

Eine der frühen Naturschutzbewegungen war der 1904 von Ernst Rudorff in Dresden gegründete Bund Heimatschutz. Der Verein erkannte und kritisierte die Schattenseiten der industriellen Revolution. Abholzung, Luft- und Wasserverschmutzung, Landflucht und Verelendung in den städtischen Massenquartieren wurde aber die Fiktion eines unverdorbenen Landlebens und eine antimodernistische Zivilisationskritik entgegengesetzt. Die deutsche »volkstümliche Identität« sei von einer »Ursprünglichkeit« der Landschaft abhängig. Beides im Einklang stelle die Heimat dar. Der Schutz von Natur und Landschaft schützt diesem Denkmuster zufolge das »Volk«. Der Bund Heimatschutz machte die Moderne<sup>1</sup> dafür verantwortlich, die angeblich natürliche Verbindung von Volk und Natur zu zerstören.

Auf solch vermeintliche Angriffe reagierte der Bund Heimatschutz, indem er zurück zu einer quasi gottgegebenen Ordnung des sozialen Miteinanders strebte, die jedem Menschen seinen vermeintlichen »natürlichen« Platz zuweist und somit Landflucht und Verstädterung verhindert. Die Großstadt galt dem Verein als Feind, weil dort die Menschen durch Kommerz und den »jüdischen Geist« ent wurzelt würden. So floss der Antisemitismus auch in den Naturschutz mit ein.

Heimatschutz steht also für die Abwehr von Veränderung und für Ausgrenzung. Rudorffs Heimatschutzansatz wirkt bis heute in der rechten Ökologie fort. Die Verbindung von Natur und »Volk« war Vorläufer heutiger rechter Ökologie. Der Slogan »Umweltschutz ist Heimatschutz« wird seit Jahrzehnten von verschiedenen Akteur\*innen der (extremen) Rechten verwendet.

Die Nationalsozialisten instrumentalisieren Naturschutz zu Propagandazwecken. Zugleich nahm im Zuge der Kriegsvorbereitungen der Raubbau an der Natur enorm zu. Mit der Eroberung von Gebieten im Osten verlagerte sich die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen dorthin. Parallel dazu entwarfen die Nationalsozialisten unter dem Begriff »Generalplan Ost« weitreichende Pläne zur Kolonisierung und »Germanisierung« dieser Regionen. An diesem Plan, der die Vertreibung und Vernichtung der einheimischen slawischen Bevölkerung vorsah, waren auch Landschaftsplaner und Naturschützer beteiligt. Sie planten Heckenlandschaften und Walderholungsgebiete, da sich die anzusiedelnde »Volksgemeinschaft« nur in einer »deutschen« Landschaft entwickeln könne.

Auch Jahrzehnte später, bei der Gründung der Partei die Grünen, zeigte sich, dass (extrem) rechte Positionen eng mit dem Naturschutz verbunden sein können. So waren an der Gründung der Grünen 1980 neben kommunistischen Gruppen und Personen aus der Ökologie-, Anti-Atomkraft- und Frauenbewegung ehemalige NSDAPler und Mitglieder rechter Organisationen beteiligt. Zum rechten Flügel gehörten auch Politiker wie Herbert Gruhl (1921–1993). Er verschaffte mit seinem 1975 veröffentlichten Bestseller »Ein Planet wird geplündert« Umweltfragen in Deutschland eine breite Aufmerksamkeit. Im Richtungsstreit zwei Jahre nach Gründung der Grünen verließ Gruhl mit dem rechten Flügel die Partei.

1 Der Begriff »Moderne« bezeichnet eine historische Epoche, die etwa vom späten 19. bis zum 20. Jahrhundert reicht. Sie ist geprägt von tiefgreifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, zu denen die Industrialisierung, Verstädterung und das Aufkommen der modernen Wissenschaften gehören. Diese Entwicklungen führten zu einem neuen Bewusstsein hinsichtlich der Rolle des Individuums in der Gesellschaft sowie der Beziehung zwischen Mensch und Natur. Oft ging damit auch eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen Werten und Lebensweisen einher.

## Ökologischer Rassismus

Gruhl verband seine wachstumskritischen Positionen mit rassistischer Bevölkerungspolitik. Neben dem ressourcenintensiven Lebensstil der Industrieländer war für Gruhl eine angebliche Überbevölkerung in der »Dritten Welt« das dringlichste Problem der Erde. Migration in europäische Länder lehnte er ab, da deren Umwelt nur eine bestimmte Anzahl an Menschen trüge. Die von Gruhl aufgemachte Verknüpfung von Bevölkerungskontrollpolitik mit Umweltproblemen oder der Klimakrise ist bis heute auch in demokratischen und sogar linken Kreisen anzutreffen. Diesen Herausforderungen sollte mit einem demokratischen und humanistischen Vorgehen begegnet werden. Ein Umdenken in Fragen der Verteilung und Wirtschaftsweise hin zu mehr globaler (Umwelt-)Gerechtigkeit wäre dafür ein guter Ansatz. Mit autoritären Gedankenspielen zu Geburtenkontrollen und der Warnung vor »Menschenlawinen« – so Gruhl 1975 – öffnet man die Tür für extrem rechte Narrative und menschenverachtende Weltbilder.

Auch im Umweltprogramm der AfD, der Dresdner Erklärung, wird die Überbevölkerung im globalen Süden als Belastung für den Umweltschutz gesehen. Dabei wird offensichtlich, dass Umweltschutz für die AfD keine große Rolle spielt. So heißt es gleich unter Punkt 1: »Eine Gemeinschaft muss sich Umweltschutz leisten können.« Die Belange der Umwelt werden Wirtschaftsinteressen rigoros untergeordnet.

Zudem spielt die Partei Klimaschutz und Naturschutz gegeneinander aus. Sie stellt dem Ausbau der Windkraft den Wald-, Vogel- oder Landschaftsschutz gegenüber. Dieser vermeintliche Gegensatz dient vor allem dazu, Klimaschutzmaßnahmen zu delegitimieren. Beim Landschaftsschutz geht es ihr um das Bewahren einer Kulturlandschaft, die ihrem romantischen Bild einer »deutschen Landschaft« entspricht. »Gebietsfremde« Tiere, Pflanzen oder Technologien, wie Windkraftanlagen, verfälschen diese reaktionäre ästhetische Vorstellung der »deutschen Natur«. Dass mit Blick auf unterschiedliche Regionen und historische Entwicklungen weder eine »deutsche Landschaft« noch eine »deutsche Natur« jemals existiert haben oder existieren werden, wird hier freilich verschwiegen.

### Was tun?

Dieser Beitrag zeigt, dass Natur-, Umwelt- und Klimaschutz weder unpolitische noch automatisch progressive Themen sind. Auf der einen Seite versuchen rechte Akteur\*innen regelmäßig dieses Themenfeld für sich zu vereinnahmen. Andererseits ist Ökologie ein fester Bestandteil extremer Ideologie. Jedoch geht es extrem rechten Gruppen und Parteien nicht nur um den Schutz von Vögeln oder den Erhalt von Wäldern. Hinter extrem rechtem Umweltschutz verbergen sich Ideologien der Ungleichwertigkeit. Akteur\*innen im demokratischen Umweltschutz sollten sich dessen bewusst sein. Das bedeutet in der Praxis: rassistische und antidemokratische Deutungen offen zu benennen, ihnen in Verbänden und Initiativen zu widersprechen, sich dazu fortzubilden und eigene Leitbilder von solidarischer, global gerechter Ökologie zu entwickeln. Es ist bedeutsam positive Werte wie gleiche Rechte für alle, Solidarität und demokratische Mitbestimmung zu formulieren. Sie sind die Grundlage für eine Ökologie, die verbindet statt ausgrenzt.

---

**Florian Teller** ist für die Kommunikation bei FARN (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz) zuständig und beschäftigt sich dort mit rechter Ökologie und brauner Esoterik.





**(KS) Wie heißt ihr?**



Gruppe beherzt – für Demokratie und Vielfalt e. V.

**(KS) Was macht ihr? Was sind eure Ziele?**

Unser Ziele sind:

- über die demokratie- und menschenfeindliche Ideologie und Strategien der Völkischen Siedler\*innen zu informieren.
- über ihre Netzwerke, Umtriebe und Gruppierungen aufzuklären und zu sensibilisieren.
- vor der daraus resultierenden Gefährdung unserer lebendigen Demokratie zu warnen.
- für unser demokratisches, menschenfreundliches, gesellschaftliches Modell, das auf dem Grundgesetz basiert, zu werben.

In ehrenamtlich besetzten Arbeitsgruppen versuchen wir die vielfältigen Aufgaben des Vereins zu bearbeiten. Schwerpunktthemen sind:

- Bildung und Vorträge
- Öffentlichkeitsarbeit sowie Präventionsarbeit rund um Immobilienverkäufe
- Herstellung von unseren Kreuzen
- Organisation des jährlichen Netzwerktreffens

In einer Kerngruppe fließen alle Resultate zusammen und werden gemeinsam mit dem Vorstand in Aktionen umgesetzt.

**(KS) Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Wir alle sind unmittelbar oder mittelbar betroffen von der Nachbarschaft mit völkischen Siedler\*innen, die ihr rechtsextremes Gedankengut von Generation zu Generation weitergeben und Gleichgesinnte suchen und nachziehen. Aus den Heidedörfern unseres Landkreises Uelzen haben sich Menschen zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche daher zusam-

mengefunden und im November 2018 die Gruppe »beherzt« gegründet. Seit Juni 2024 gibt es den Verein »Gruppe beherzt – für Demokratie und Vielfalt e.V.«

In unseren Dörfern werden wir regelmäßig mit Aussagen konfrontiert wie: »Das sind doch nur harmlose Ökos. Die tun doch nichts.« Wer beherzt aufklärt, kann schnell als Nestbeschmutzer gelten und als jemand, der den Frieden des Dorfes stört.

Wir verstehen uns daher in erster Linie als Selbsthilfegruppe. Inzwischen werden wir von mehr als 700 Bürger\*innen aus dem Nordosten Niedersachsens und darüber hinaus unterstützt.

## **KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Unser Zeichen ist das »Kreuz ohne Haken – fUEr Vielfalt« in Schwefelgelb und Magenta. Mit dem Kreuz und dem UE – für Uelzen – möchten wir an unseren Wohnungen, Häusern oder Höfen ein sichtbares Zeichen setzen, dass rechtsextremes Gedankengut hier keinen Platz hat. Inzwischen haben wir deutschlandweit mehr als 10.000 dieser Holzkreuze verteilt.

➤ **Website** [www.beherzt.info](http://www.beherzt.info)  
➤ **E-Mail** [beherzt@posteo.de](mailto:beherzt@posteo.de)  
➤ **Telefon** +49 (0)5822 959540



## **KS** Wie heißt ihr?



Wir sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) in Berlin und der Erich-Zeigner-Haus e.V. in Leipzig. Gemeinsam verantworten wir das Projekt »Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich«. Das Projekt wird derzeit im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert und soll von 2025 bis Ende 2028 laufen.

## **KS** Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Unser Ziel ist es, rechtsextremer Einflussnahme im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz wirksam vorzubeugen. Kernstück unseres Projekts ist ein modularer E-Learning-Kurs, der zeitlich flexibel bearbeitet werden kann. Jedes Modul wird durch einen Lernnavigator ergänzt, der Hintergrundwissen, Materialien und weiterführende Impulse bietet und sich besonders für die Arbeit von Multiplikator\*innen eignet. Neben vertiefenden Veranstaltungen bieten wir ab Herbst 2026 auch Workshops an.

Unser Ziel ist es, über die Verbindung von Rechtsextremismus und ökologischen Themen aufzuklären, für Einflussversuche zu sensibilisieren und demokratische Werte in Organisationen und Initiativen des Umwelt- und Naturschutzes zu stärken. Uns ist es wichtig, den Engagierten das nötige Wissen, aber auch die Handlungssicherheit im Umgang mit herausfordernden oder konflikthaften Situationen zu vermitteln. Ein besonderer Fokus liegt auf strukturschwachen und ländlichen Räumen, in denen demokratische Zivilgesellschaft häufig unter Druck steht.

## **KS** Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Unser Ansatz lebt von der engen Zusammenarbeit zwischen einem großen Umweltverband und einem Träger der politischen Bildungsarbeit. Durch die Kooperation von BUND e.V. und Erich-Zeigner-Haus e.V. bündeln wir unterschiedliche fachliche Perspektiven, Erfahrungen und Netzwerke. So erreichen wir neue Zielgruppen und verbinden langjährigen Umwelt- und Naturschutz mit Expertise in der Rechtsextremismusprävention.

**KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Eine besonders prägende Erfahrung war eine zweitägige Veranstaltung in Zeitz mit Engagierten aus verschiedenen Bereichen des ökologischen Engagements. Neben Vorträgen und einem Argumentationstraining haben wir dort erstmals einen dialogischen Erfahrungsaustausch erprobt. Ausgangspunkt war eine anonymisierte Fallschilderung zu rechtsextremer Einflussnahme im Umweltkontext. Die Teilnehmenden entwickelten in Kleingruppen eigene Handlungsoptionen, diskutierten Risiken und reflektierten notwendige Ressourcen. Erst danach berichtete die betroffene Person, wie die Situation tatsächlich verlaufen war, welche Entscheidungen tragfähig waren und wo Fallstricke lagen. Diese Abfolge eröffnete einen geschützten Raum für ehrliche Auseinandersetzung, strategisches Nachdenken und kollegiales Lernen. Die Teilnehmenden konnten ihre eigenen Überlegungen mit der gelebten Praxis abgleichen, Rückfragen stellen und konkrete Situationen vertieft durchdenken.

- **Website** [www.bund.net/lernwelt/durchblick-gegen-unterwanderung/](http://www.bund.net/lernwelt/durchblick-gegen-unterwanderung/)
- **Kurs** [lernwelt.bund.net/1r7baY/#/](http://lernwelt.bund.net/1r7baY/#/)

Was tun? ●

Beispiele aus der Praxis ●



## KS Wie heißt ihr? !

Echo! – Klima im demokratischen Raum.  
Ein Projekt des Kulturbüro Sachsen e. V.

## KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Das Projekt setzt an der Schnittstelle von Klimakrise, sozialer Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung an. Wir machen deutlich: Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine demokratiepolitische Frage. Gerade in Ostdeutschland wird das Thema Klima zunehmend von extrem rechten Akteur\*innen aufgegriffen und für antidemokratische Erzählungen genutzt. Dem setzen wir eine klare Haltung entgegen: Klimaschutz und Engagement gegen Rechtsextremismus gehören zusammen.

Wir richten uns an Organisationen, Vereine und Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft in Mitteldeutschland. Ziel ist es, Klimaschutz stärker in bestehende Demokratiearbeit zu integrieren, rechtsextreme Instrumentalisierungen sichtbar zu machen und Organisationen in ihrer Argumentations- und Handlungssicherheit zu stärken.

Wir führen Workshops in Präsenz- und Onlineformaten durch mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten:

- Umgang mit Klimawandelleugnung und Desinformation
- Abgrenzung demokratischer Kritik und antidemokratischer Mobilisierung
- Argumentations- und Kommunikationsstrategien zu Klimaschutz
- Die Rolle der extremen Rechten in Konflikten um Klimaschutz

Darüber hinaus veranstalteten wir aufeinander aufbauende Fachtage und entwickeln das vorliegende anwendungsorientierte Online-Handbuch, das die Projekterkenntnisse bündelt und langfristig nutzbar macht.

**KS** **Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Wir verbinden langjährige Expertise beim Wirken gegen Rechtsextremismus mit aktuellen klimapolitischen Debatten. Unsere Perspektive ist praxisnah, regional verankert und solidarisch. Wir stärken zivilgesellschaftliche Akteur\*innen darin, Klimaschutz als Teil demokratischer Verantwortung zu begreifen und selbstbewusst zu vertreten, auch in konflikthaften Auseinandersetzungen vor Ort.

**KS** **Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Ein Erfolg zeigt sich dort, wo Organisationen beginnen, Klimafragen in ihre Demokratiearbeit einzubeziehen, z.B. indem Gegen-Rechts-Bündnisse Klimadesinformation aktiv aufgreifen oder Umweltinitiativen sich klar demokratisch positionieren. So entstehen belastbare Netzwerke und widerstandsfähige Strukturen in der Region.

➤ **Website** [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)  
➤ **E-Mail** [bildung@kulturbuero-sachsen.de](mailto:bildung@kulturbuero-sachsen.de)



**(KS) Wie heißt ihr?**



FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz.

**(KS) Was macht ihr? Was sind eure Ziele?**

Viele denken, Umweltschutz sei eine junge, linke oder alternative Bewegung, doch die über 100-jährige Geschichte zeigt Überschneidungen mit extrem rechten Ideen, die bis heute nachwirken.

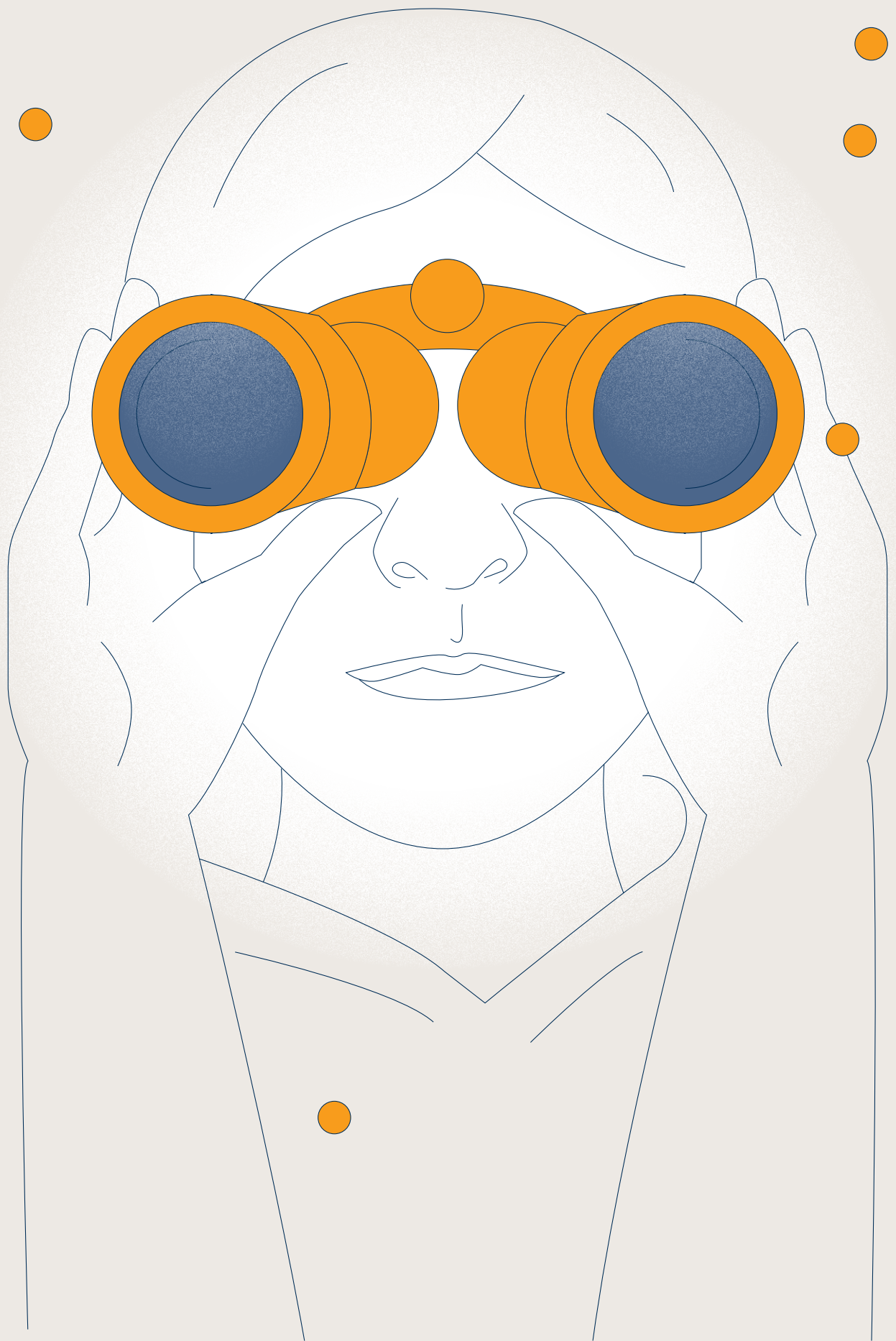
Wir informieren, beraten und qualifizieren Aktive und Interessierte im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz zu antidemokratischen Ideologien - per Workshops, Vorträgen und Ausbildungen für Multiplikator\*innen, Initiativen und Vereine, auch im ländlichen Raum. Wir stärken Menschen und Organisationen im ökologischen Bereich in ihrem demokratischen Engagement und unterstützen sie, sich gegen Vereinnahmungen von extrem rechter Seite zu wehren. Wir ermöglichen die Bearbeitung ökologischer Fragen in Rahmen von globaler Gerechtigkeit & Solidarität. Wir laden zur selbstkritischen Auseinandersetzung ein und bestärken emanzipatorische, solidarische Erzählungen.

**(KS) Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?**

Wir verbinden Erkenntnisse aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen mit konkreten Erfahrungen aus der Bildungs und Beratungsarbeit und arbeiten dabei eng mit Umweltverbänden, Initiativen, Verwaltungen sowie Akteur\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

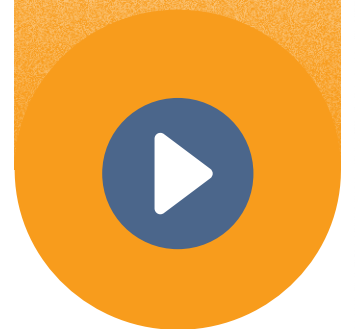
**(KS) Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Lokale Umweltschutzinitiativen wappnen sich erfolgreich gegen rechte Unterwanderung, indem sie interne Prozesse zu demokratischen Werten und Leitbildern anstoßen und umsetzen – so entstehen robuste Strukturen vor Ort.



4.

# Transformation gemeinsam gestalten



# Einführung

---

Unsere Gesellschaft steht vor großen Veränderungen. Wie wir Energie erzeugen, wie wir uns fortbewegen, wie wir bauen, arbeiten und produzieren. Einiges hat sich schon verändert, vieles mehr wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wandeln. Diese Veränderungen geschehen nicht von allein. Es ist sinnvoll und notwendig solche Transformationsprozesse aktiv zu gestalten, statt nur auf sie zu reagieren. Dabei geht es nicht nur um technische Lösungen, sondern vor allem um die Frage, wie Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden können.

Die Aufgabe ist einfach unermesslich groß und wirkt deshalb oft unübersichtlich. Transformation wird meist Schritt für Schritt sichtbar: in einzelnen Regionen, Städten und Gemeinden, in unterschiedlichen Branchen und Lebensbereichen. Während Ziele, Gesetze und Förderprogramme häufig auf europäischer oder nationaler Ebene entstehen, entscheidet sich die konkrete Umsetzung vor Ort. Hier wird geplant, ausprobiert, angepasst. Hier entscheiden sich Gemeinden für Biogasanlagen, oder Ökostrom, der mit Windkraft gewonnen wird. Hier experimentieren ganze Landkreise mit Bussen, die mit ökologischem Kraftstoff fahren. Hier installieren öffentliche Einrichtungen energieeffiziente Heizungen und Vorschriften zum täglichen Ressourcensparen. Und hier zeigt sich, ob Veränderungen im Alltag funktionieren.

Damit Transformation gelingen kann, braucht es das Zusammenspiel vieler Ebenen. Politische Entscheidungen geben Richtung und Rahmen vor, Länder und Regionen konkretisieren Planungen, Kommunen setzen Projekte um. Gleichzeitig sind es lokale Initiativen, Vereine, Unternehmen und engagierte Gruppen, die Wandel praktisch gestalten, Erfahrungen sammeln und neue Wege erproben. Sie machen Transformation greifbar und zeigen, dass Veränderung möglich ist.

Veränderungen lösen jedoch nicht nur Zustimmung aus. In vielen Regionen herrschen Skepsis und Widerstände gegenüber tiefgreifenden Umbrüchen. Das gilt in Ostdeutschland ebenso wie in anderen Teilen des Landes. Transformation bedeutet immer auch Unsicherheit und die Sorge vor Verlusten. Umso wichtiger ist es, Räume für Austausch zu schaffen, unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen und Veränderungen gerecht zu gestalten. In der Transformationsforschung wird in diesem Zusammenhang betont, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt dort wächst, wo Menschen Zukunft als gemeinsame Aufgabe begreifen und Gestaltungsmöglichkeiten erleben.

Transformation ist deshalb nicht allein eine technische oder wirtschaftliche Herausforderung, sondern eine gesellschaftliche. Sie kann mit demokratischen Mitteln gestaltet werden und sich dabei an Leitplanken wie Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit orientieren. So können auch kommenden Generationen gute Lebensbedingungen ermöglicht werden.

Dieses Kapitel versammelt Praxisbeispiele, die Transformation konkret angehen. Sie zeigen, wie Veränderungen gestaltet werden können, welche Erfahrungen dabei entstehen und welche Ansätze Mut machen, gesellschaftlichen Wandel gemeinsam zu denken und umzusetzen.



### KS Wie heißt Ihr?

Programm »Engagiert für Klimaschutz« des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

### KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Unsere Hauptzielgruppe sind Vereine, Verbände und gemeinnützige Organisationen aus dem gesamten Engagementspektrum (Kultur, Sport, Wohlfahrt etc.). Unsere Aufgabe besteht darin, sie zu animieren und darin zu unterstützen, Klimaschutz als Teil ihrer Arbeit zu verstehen und geeignete Maßnahmen zu finden und umzusetzen. Wir fungieren dabei als Anlaufpunkt, um Organisationen sinnvoll untereinander oder mit geeigneten Partner\*innen aus dem Bereich Klimaschutz zu vernetzen. Erfolgreich ist unsere Arbeit bspw. dann, wenn unsere Vernetzung in einer Kooperation zwischen Organisationen mündet oder neue Allianzen entstehen.

Eine Plattform zur Vernetzung bieten wir u. a. mit unseren regelmäßigen Tagungen und Fachwerkstätten. Dort können sich gerade auch diejenigen austauschen, die sich aufgrund knapper Ressourcen teilweise allein oder nur mit wenigen anderen um Klimaschutz in ihrer Organisation kümmern. Ein weiterer Baustein unseres Programms zur Förderung der Umsetzung von Maßnahmen ist darüber hinaus die Unterstützung von ausgewählten Organisationen im Zuge unseres KlimaLabs. Dort erhalten sie die Möglichkeit, durch Beratung und Fördergeld Organisationsentwicklungsprozesse anzustoßen, um Klimaschutz dauerhaft in ihrem Handeln zu verankern.

### KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Im Jahr 2021 konnte im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement das Programm »Engagiert für Klimaschutz« durch eine Förderung der Mercator Stiftung gestartet werden. Die Idee hinter dem Programm ist, zivilgesellschaftliche Akteur\*innen in den Klimaschutzdiskurs einzubeziehen, die selbst nicht aus dem Klima-, Umwelt- oder Naturschutz kommen. Aus unserer Sicht ist es für die Akzeptanz von Klimaschutz entscheidend,

dass er nicht ausschließlich von Umweltorganisationen und Regierungen getragen wird. Durch unsere Arbeit wollen wir den Kreis derer erweitern, die Klimaschutz in ihrem Engagement als selbstverständlichen Bestandteil betrachten. Denn je normaler klimafreundliches Handeln wird, desto geringer wird auch das Polarisierungspotenzial.

## **KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Ein Beispiel für eine gelungene Kooperation ist das Projekt »Klimarevier«, welches im Rahmen unseres Ideenwettbewerbs vom Landesverband Nachhaltiges Sachsen e. V. mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt e. V. initiiert wurde. Das Projekt adressiert Organisationen wie Dorfgemeinschaftsvereine, Mehrgenerationenhäuser oder Jugendzentren aus der Mitteldeutschen Kohleregion, um sie zu unterstützen, Klimaschutz in ihren Strukturen zu verankern und in ihre Wirkungsräume zu tragen. Ein großer Erfolg ist, dass die Arbeit nach Ablauf der Projektphase im Kontext des Bündnisses StrukturWandeln weitergeführt wird.

➤ **Website** [www.b-b-e.de/projekte/engagiert-fuer-klimaschutz](http://www.b-b-e.de/projekte/engagiert-fuer-klimaschutz)  
➤ **E-Mail** [klimateam@b-b-e.de](mailto:klimateam@b-b-e.de)



### **KS** Wie heißt Ihr?

Bündnis StrukturWandeln.

### **KS** Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Im Rahmen des Projekts «ZusammenWachsen – Engagiert im Revier» bauen wir ein zivilgesellschaftliches Netzwerk im Mitteldeutschen Revier auf. So heißt das Braunkohleabbaugebiet zwischen Halle und Leipzig. Es verteilt sich über sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Als »Bündnis StrukturWandeln« möchten wir durch Beratung, Begleitung und Vernetzung starke Strukturen schaffen, mit denen wir Engagierte unterstützen. Wir setzen uns für einen nachhaltigen Strukturwandel ein, damit die Region auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert sein wird.

Unsere Ziele sind:

- Die Themen eines sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Strukturwandels sichtbar machen.
- Die Transparenz öffentlicher Entscheidungsprozesse im Strukturwandel erhöhen.
- Eine positive Zukunftsvision für die Region schärfen und gemeinsam verfolgen.
- Den Austausch von Erfahrungen in der Zivilgesellschaft fördern.

### **KS** Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Wichtig ist uns, die verschiedenen Aspekte zusammenzubringen, die einen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Strukturwandel ausmachen. Dabei sind uns insbesondere folgende Themen wichtig:

- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung und demokratische Mitbestimmung
- Lebendige Dörfer und sozialer Zusammenhalt

- Bildung und Kultur
- Nachhaltiges, zirkuläres Wirtschaften
- Energie und Klimaschutz
- Naturschutz und Ökologie
- Ernährung und Landwirtschaft
- Nachhaltiges Bauen und Wohnen
- Gute Mobilität für alle
- Kinder- und Jugendbeteiligung

## **(KS) Was ist ein Erfolg oder Best Practice?**

Wir arbeiten dezentral und haben Büros in Borna, Halle, Leipzig, Magdeburg, Oschatz, Quetzdölsdorf (bei Zörbig) und Zeitz. Wir laden regelmäßig zu Online-Stammtischen ein, bei denen unterschiedliche Themen besprochen werden. Außerdem veranstalten wir in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen Werkstätten in Orten im ländlichen Raum oder digital. Es ist uns wichtig, Wissen zu teilen und damit Menschen dabei zu unterstützen, aktiv zu werden. Denn bei der Gestaltung unserer Zukunft sind wir alle gefragt!

➤ **Website** [www.struktur-wandeln.de](http://www.struktur-wandeln.de)  
➤ **E-Mail** [post@struktur-wandeln.de](mailto:post@struktur-wandeln.de)



Beispiele aus der Praxis ●



### KS Wie heißt Ihr?

Wir sind die Leipziger Ortsgruppe von der deutschlandweiten Kampagne "Soziale Wärmewende Jetzt!" und Teil vom Bündnis "180° Wärmewende Leipzig".

### KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Soziale Wärmewende ist der Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung, der sich für undichte Fenster, schimmelnde Wände und erhöhte Heizkosten interessiert. Wir wollen die Klimabewegung wieder von unten gestalten, zur Sache von allen machen und Klimakämpfe als die sozialen Kämpfe führen, die sie sind. In Deutschland entstehen circa 30% der Treibhausgas-Emissionen durchs Heizen - eine Wärmewende ist dringend notwendig. Dafür müssen wir Häuser dämmen, Heizungen tauschen und klimafreundliche Wärme erzeugen. Gleichzeitig wohnen über die Hälfte der Menschen zur Miete: Sie dürfen nicht mitentscheiden, welche Heizung bei ihnen eingebaut werden soll. Doch wegen der Lobbyarbeit von Gas, Immobilienverbände und Wohnungskonzerne müssen sie am Ende trotzdem für alles bezahlen.

### KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Wir suchen Wege, die Mieter\*innen zum Wort kommen zu lassen. Im ganz konkreten Sinne heißt das an die Haustüre gehen, Wohnsituation erfragen, Mieter\*innen vernetzen und gemeinsam gegen Mängel und falsche Nebenkostenabrechnung vorgehen. Wenn 30, 50, 70% der Mieter\*innen gegen die selbe Vermietung klagen, riskiert man weniger ungerechte Machtspiele und Gegenzüge. Wir möchten durch Organizing Methoden Mieter\*innen-Initiativen aufbauen, die durch Selbstorganisation langfristig für die eigenen Interessen eintreten - bei der Vermietung, bei Kommune und bei Bundesregierung.

Eine andere Säule unserer Arbeit, als Bündnis 180° Wärmewende Leipzig, ist Kampagnenarbeit. Dies betrifft hauptsächlich den Leipziger kommunalen Wärmeplan (KWP). Der KWP-Entwurf in Leipzig ist grund-

sätzlich nicht schlecht: immerhin will er dezentrales Heizen (also von Haushalten) nicht auf Märchen, wie Biogas und Wasserstoff basieren. Er ist aber weit von einem sozial-gerechten Plan zur Klimaneutralität: Die Umsetzung sollen die Mieter\*innen bezahlen, und eine Gasnetzstilllegung ist nicht geplant (was am Ende auch Mieter:innen gefährdet, die sich nicht für eine Wärmepumpe entscheiden können, und ggfs. in der Gaskostenfalle landen). Unsere Kampagnenarbeit wollen wir mit starken Mieter\*innen-Initiativen gestalten: Unser Traum ist mit Hunderten von Mieter\*innen die Themen in den Fokus der Stadtratsversammlung zu bringen, und die Politik zum Dienen der Interessen von den 87% zu zwingen - dem Anteil von Mieterschaft in Leipzig.

## **KS** Was ist ein Erfolg oder Best Practice?

Während Ortsgruppen der Sozialen Wärmewende Jetzt! sich für eine soziale und klimafreundliche kommunale Wärmeplanung sowie für die Verbesserung der Wohnsituation konkreter Mieter\*innen einsetzen, kämpfen wir bundesweit für eine klima- und mieter\*innenfreundliche Gesetzgebung. Die Forderung ist einfach: Wir wollen gut sanierte Wohnungen, die im Winter warm, im Sommer kühl und das ganze Jahr über bezahlbar sind.

➔ **Website** [www.soziale-waermewende-jetzt.de/](http://www.soziale-waermewende-jetzt.de/)  
➔ **E-Mail** [waermewende-leipzig@systemli.org](mailto:waermewende-leipzig@systemli.org)



Bildrechte: Ethik-Kranzsch

### KS Wie heißt Ihr?

Wir sind das Projekt Revierwende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Mitteldeutschen Revier.

### KS Was macht ihr? Was sind eure Ziele?

Wir begleiten den Strukturwandel in einer Region, die stark von Kohle, Energie und Chemie geprägt ist. Unser Ziel ist eine sozial gerechte und demokratisch gestaltete Transformation.

Das bedeutet: Zum Erreichen der Klimaschutzziele muss der Kohleausstieg gelingen und die energieintensive Industrie zukünftig emissionsarm produzieren. Dieser Wandel darf nicht zum Nachteil der Beschäftigten sein. Am Ende müssen gute Arbeit, Mitbestimmung und sichere Perspektiven für die Beschäftigten stehen.

Deshalb bringen wir Gewerkschaften, Betriebe, Kommunen, Politik und Wissenschaft zusammen und schaffen Räume, in denen gemeinsam nachhaltige Lösungen entwickelt werden.

### KS Wodurch zeichnet sich eure Perspektive aus?

Unsere Arbeit ist geprägt durch die Frage: Wie erleben Beschäftigte Transformation und wie können sie ihre Zukunft aktiv mitgestalten?

Demokratie zeigt sich für uns ganz konkret im Arbeitsalltag – zum Beispiel durch Betriebsräte, Tarifverträge und Mitbestimmung im Betrieb.

Transformation kann nur gelingen, wenn Beschäftigte beteiligt werden, ihre Interessen gehört werden und sie Sicherheit im Wandel haben. Das stärkt Vertrauen und kann neue Chance eröffnen.

### KS Was ist ein Erfolg oder Best Practice?

Ein wichtiger Ansatz ist es, Akteure aus unterschiedlichsten Bereichen zusammenzubringen, die sonst wenig Berührungspunkte haben – etwa indem wir Betriebsräte mit der kommunalen Politik und der Wissenschaft

miteinander ins Gespräch bringen.

So entstehen gemeinsame Projekte und neue Perspektiven, im Hinblick auf Industrieentwicklung, Fachkräftesicherung oder Infrastruktur.

Unser Erfolg ist, dass wir Dialog und Beteiligung stärken und damit zeigen, dass Transformation demokratisch gestaltet werden kann.

➔ **Website** <https://revierwende.de/>

Drei Fakten zur Klimakrise: Erstens hat sich in Deutschland die Zahl extremer Wetterereignisse in den vergangenen 50 Jahren mehr als verdreifacht. Zweitens war 2025 fast jede Region Europas 95 Prozent wärmer als im historischen Durchschnitt – Europa ist damit der sich am schnellsten erwärmende Kontinent der Welt. Drittens wurden laut Weltbank bis Anfang 2023 bis zu 130 Millionen Menschen durch den Klimawandel zusätzlich in extreme Armut getrieben.

In den  
vergangenen

50

Jahren hat sich in Deutschland die Zahl extremer Wetterereignisse mehr als verdreifacht.

➤ Quelle

2025 war  
fast jede Region Europas

95

Prozent wärmer als im historischen Durchschnitt.\*

➤ Quelle

Laut Weltbank werden  
bis Anfang 2023 bis zu

130

Millionen Menschen durch den Klimawandel zusätzlich in extreme Armut getrieben.

➤ Quelle

\*Europa ist somit der sich am schnellsten erwärmende Kontinent der Welt.

5.

Für informierte  
Debatten



# Klimafakten

## KS Wie heißt Ihr und was ist euer Ziel?

Unser Online-Portal heißt »Klimafakten« – aber wir liefern viel mehr als Fakten rund ums Thema Klimawandel. Wir wollen außerdem dabei helfen, sie breit in die Gesellschaft zu bringen: vor allem auch an Menschen, die dem Thema vielleicht (noch) distanziert gegenüberstehen.

## KS Was bietet Ihr?

Wir sind 2011 als Online-Portal gegen Klima-Desinformation gestartet und haben rund 50 Faktenchecks zu populären Falschbehauptungen (»Klimawandel? Gibt's doch gar nicht!«) veröffentlicht. Außerdem gibt es bei uns gründliche Artikel zu möglichen Klimaschutzlösungen (»Sind E-Autos wirklich besser als Verbrenner?«) – alles streng wissenschaftlich und trotzdem verständlich formuliert.

Aber über die Jahre haben wir selbst gemerkt, dass Fakten bei vielen Menschen nicht recht ankommen. Dass das Klimathema bei Manchen regelrechte Abwehr hervorruft. Deshalb haben wir begonnen, uns auch theoretisch mit Kommunikation zu beschäftigen und die sozialwissenschaftliche Forschung dazu für die Praxis aufzubereiten.

## KS Was sind wichtige Erkenntnisse der Klimakommunikationsforschung?

Fakten mögen neutral sein, aber Menschen nehmen sie nicht neutral auf. Wir alle prüfen (häufig unbewusst) als erstes, ob Dinge, die wir hören, zu unseren bereits existierenden Meinungen und Einstellungen passen. Und sind für Informationen sehr viel offener, die unser Selbstbild bestätigen als für solche, die es in Frage stellen könnten. Solche psychologischen Mechanismen werden häufig von Desinformationskampagnen gekonnt ausgenutzt, zum Beispiel von rechtspopulistischen Akteuren. Wenn man diese Dynamiken kennt, kann man der gezielten Emotionalisierung und Polarisierung besser entgegenreten.

**KS Was genau kann ich bei Euch bekommen?**

Einerseits Publikationen: Unsere Faktenchecks zu Klimawandel und Klimalösungen gibt es online, außerdem zahlreiche Handreichungen für wirksames Kommunizieren. Einige Materialien gibt es auch auf Papier, etwa unser erfolgreiches #PLURV-Poster zu Methoden der Desinformation. Unser Klimakommunikations-Handbuch »Über Klima sprechen« gibt es gedruckt, als kompakte Web-Version sowie als Podcast.

Außerdem machen wir in Weiterbildungen Menschen stark für die Klimakommunikation – in vielen verschiedenen Formaten von Kurzvorträgen bis zu mehrtägigen Intensivtrainings für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Unsere Trainings bieten wir sowohl für Einzelpersonen wie auch für Organisationen und Institutionen (Zivilgesellschaft, Politik, Behörden, Unternehmen, Kultur, Kirchen u.v.a.) an.

➔ **Website** [www.klimafakten.de](http://www.klimafakten.de)



## KS Wer seid Ihr?

More in Common ist eine internationale gemeinnützige Organisation, die sich vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben hat.

Viele Gesellschaften driften heute auseinander, da Treiber gesellschaftlicher Spaltung stärker werden und Menschen sich voneinander entfernen. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie wir unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Vertrauen in die Demokratie und unter uns Menschen wieder stärken können.

Der Name unserer Organisation spiegelt unsere Vision wider: Wir wollen zu einer resilienten und inklusiven Gesellschaft beitragen, in der die Menschen sehen, dass sie mehr verbindet als sie trennt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die in der Lage ist, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren und die ihre Kompromiss- und Konfliktfähigkeit erhält.

## KS Was macht Ihr?

Dazu führen wir quantitative und qualitative Meinungsforschung durch, um besser zu verstehen, was die Menschen in Deutschland beschäftigt und wo Ansatzpunkte für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der liberalen Demokratie liegen. Anschließend übersetzen wir unsere Erkenntnisse in die Praxis: Mit Beiträgen zur öffentlichen Debatte, Trainings- und Beratungsangeboten und der Zusammenarbeit mit Partnern aus unterschiedlichen Sektoren wie Zivilgesellschaft, Politik, Klimaakteuren oder Verwaltung.

## KS Wozu kann man sich bei Euch informieren?

Die deutsche Klimadebatte begleiten wir mit unserer Forschung seit 2020. Dabei konnten wir ein ums andere Mal feststellen, dass wir es beim Thema Klimaschutz nicht mit einer simplen Dafür-oder-dagegen-Debatte zu tun haben: Die allermeisten Menschen in unserem Land machen sich große Sorgen über den Klimawandel und seine möglichen Folgen. Was die gesellschaftliche Debatte zu diesem Thema jedoch schwierig

macht: Viele haben das Gefühl, dass Klimaschutzmaßnahmen oft nicht gut durchdacht oder ungerecht sind. Nur wenige haben Lust darauf, sich in ihrem Alltag einzuschränken, wenn der Nachbar mit einem neuen SUV aus der Garage fährt.

Das Thema Klimaschutz ist daher vor allem eines der guten gemeinsamen Gestaltung, der gerechten Lastenverteilung und langfristiger sowie ehrlicher politischer Ambitionen. Für viele Menschen ist Klimaschutz besonders dann attraktiv, wenn es nicht nur um Verzicht oder ein »Verlustgeschäft« geht, sondern wenn damit auch eine erkennbare Stärkung oder Bereicherung des Gemeinwesens einhergeht.

➔ **Website** [www.moreincommon.de](http://www.moreincommon.de)  
 ➔ **E-Mail** [deutschland@moreincommon.com](mailto:deutschland@moreincommon.com)

## Wenig Zutrauen in gute Klimaschutz-Ausgestaltung



	Zustimmung 2025 in %	Zustimmung 2024 in %
Wenn Klimaschutzmaßnahmen vorgeschlagen werden, geht es oft nur darum, worauf wir verzichten und was wir verlieren sollen.	70	73
In der Diskussion rund um Klimaschutzmaßnahmen kommen die Belange von Leuten wie mir ausreichend vor	24	37
Ich bin zuversichtlich, dass es bei den meisten Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland gerecht zugeht.	24	34
Ich habe Vertrauen, dass auch die anderen in der Gesellschaft ausreichend beim Klimaschutz mitmachen.	23	38
Die meisten bisherigen Klimaschutzmaßnahmen der Politik in Deutschland sind gut durchdacht.	20	28
Die Politik vermittelt ein klares Bild davon, warum sich Klimaschutzmaßnahmen für unser Land lohnen können.	18	30

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder nicht zu? Quelle: More in Common (2025)





**Mit Windkraft- und Solaranlagen wurde 2025 in der EU mehr Strom produziert als mit fossilen Brennstoffen.**

↗ Quelle

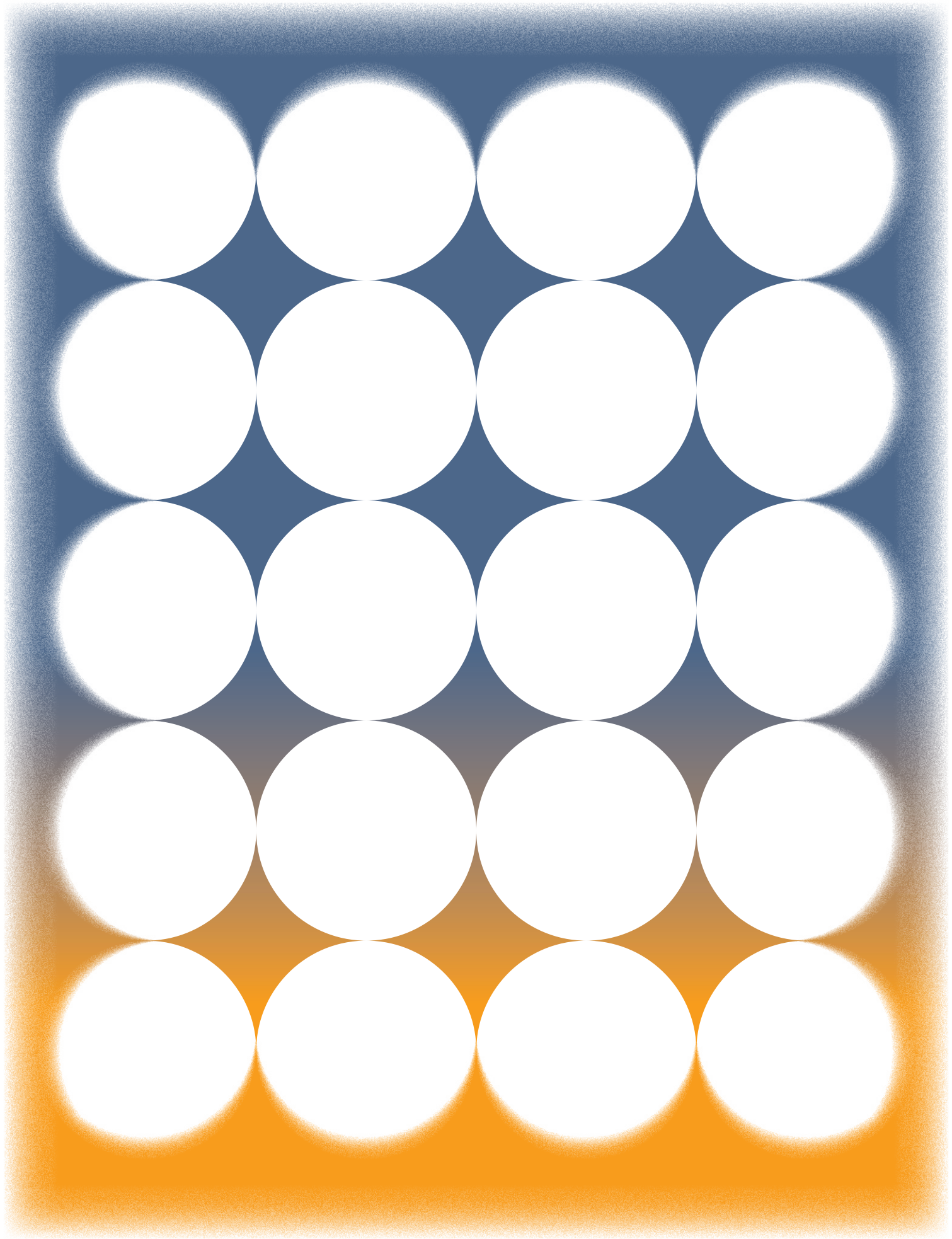
**Gesellschaftlicher Wandel verläuft nicht linear, sondern kippartig! Sobald eine kritische Masse erreicht ist, kann sich Klimabewusstsein in der Gesellschaft schlagartig durchsetzen.**

↗ Quelle

**Die Klimabewegung hat dauerhafte institutionelle Veränderungen angestoßen. Es gibt weltweit deutlich mehr Klimagesetze und mehr Klimaklagen sowie z.B. deutschlandweit mehr kommunale Klimapläne.**

↗ Quelle 1  
↗ Quelle 2





Ein Projekt vom



gefördert von

